

Eingang: Anfang Sept. '19

Pädagog*in

Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname

Antrag

an die Schulleitung auf Genehmigung eines Unterrichtsganges
gemäß den Richtlinien für die Schulwanderungen, Schülerfahrten, Schullandheimaufenthalten und Unterrichtsgängen.

Beschreibung der Veranstaltung

Klasse:

Zahl der teilnehmenden Schüler:

Wochentag / Datum:

Zweck:

Treffpunkt: Beginn:

Aufsichtspersonen: Ende:

meine

von insgesamt: allen

alle

Freitag, 20. September 2019
Zukunftssicherung / Klimawandel stoppen

Ort: Eingang unserer Einrichtung Uhrzeit: 8 h

Ort: Eingang unserer Einrichtung Uhrzeit: 14 h

meine Kolleg*innen und ich

Unterrichtsausfall in anderen Klassen/Kursen (Antragsteller/in, Begleitende Lehrpersonen)

Klasse/ Kurs	Unterrichts- stunde.	Vertretungsvorschlag	Klasse/ Kurs	Unterrichts- stunde.	Vertretungsvorschlag
<u>Alle</u>		<u>Alle kommen mit!</u>			
<u>kommen</u>					
<u>mit!</u>					

Unterrichtsausfall der in der abwesenden Klasse/Kursen unterrichtenden Lehrer

Lehrer	Klasse/ Kurs	Unterr. stunde.	Lehrer	Klasse/ Kurs	Unterr. stunde
<u>Alle</u>					
<u>kommen</u>					
<u>mit!</u>					

Unterrichtsgang

genehmigt / nicht genehmigt

Unterschrift Antragsteller/in

Unterschrift Schulleiter

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unserer GEWerkenschaft sind die Beschäftigten aus vier Bildungsbereichen organisiert. Und in allen diesen vier Bereichen – Schule, Hochschule, Kita/sozialpädagogische Berufe und Erwachsenen-/Weiterbildung – brennt es!

Lohngerechtigkeit gibt es nirgends: Die angestellten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen stehen am Ende ihres Arbeitslebens bisweilen mit Lohn-Mindereinnahmen gegenüber ihren verbeamteten Kolleg*innen da, die den Gegenwert eines Einfamilienhauses haben. Bei den Kitas gibt es derart viele („freie“) Träger, dass im Umkreis von zehn Kilometern vier Einrichtungen existieren können, in denen nach drei unterschiedlichen Tarifen bezahlt wird. Die Befristungspraxis an den Universitäten und Fachhochschulen führt zu bis dato nie gekannten Einkommensunterschieden – teilweise in ein und demselben Büro und für gleiche Tätigkeiten. Wie es mit den Arbeitsbedingungen in der Erwachsenen-/Weiterbildung aussieht, könnt Ihr dem TITELTHEMA dieser Ausgabe entnehmen.

Die Rahmenbedingungen sind in allen vier Bildungsbereichen als mangelhaft zu bezeichnen: Von der „20-5-2“-Forderung unserer GEW für inklusive Lerngruppen sind die Schulen auf Kosten unserer Schüler*innen und von uns Beschäftigten meilenweit entfernt. Die Kolleg*innen in den Kitas müssen oft ihr eigenes Mobiliar mitbringen, wollen sie sich nicht auf den Stühlchen der (Klein-)Kinder den Rücken kaputt machen. An den Hochschulen finden viele wegen des hohen Lehrdeputats kaum Zeit für Forschung. In der Weiterbildung fehlt es oft sogar an Konzepten für Prüfungsformate.

Ein Lied von sogenannten „Drittmitteln“ können (nicht nur) all diejenigen singen, die in ihren Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen von diesen privaten Finanzierungsmitteln abhängen. Kaum jemand unter uns Bildungsarbeiter*innen, die/der nicht unter dem Sanierungsnotstand bei der Gebäudewirtschaft leidet. Bund, Land und/oder Kommune schieben die Verantwortung entweder hin und her oder bereiten gleich gemeinsam den Boden, auf dem der Wettbewerb privater Anbieter seine Blüten treibt – häufig nicht gerade zum Nutzen der dort Arbeitenden bzw. Lernenden. **Wir dürfen die öffentliche Hand nicht aus der Verantwortung entlassen!**

Alle diejenigen, die diese Sichtweise teilen und noch etliches mehr dazu beitragen könnten, sollten den Kontakt zur entsprechenden Fachgruppe oder ihrem entsprechenden Arbeitskreis suchen, um abzusprechen, wer aus diesen Gremien zum nächsten Treffen der Demo-Vorbereitungsgruppe „Bildungsnotstand“ entsendet wird. Dieses wird am **Dienstag, dem 17.9., ab 18h** im Tagungsraum im EG des Kölner DGB-Hauses stattfinden. Es geht dort um die gemeinsame Planung und Mobilisierung für eine erste öffentlichkeitswirksame Aktion im November. Alle entsprechenden Termine, Kontakte und ausführliche Infos entnehmt ihr bitte den Rubriken IN KÜRZE, KONTAKT und KALENDERBLATT.

Es geht also direkt hoch her nach der Sommerpause – auf einen heißen Herbst!

Und wir werden immer aktiver: Unser GEW-Kreisverband Rhein-Berg ist auf dem besten Weg, eine feste Rubrik im „forum“ zu bekommen. Das freut uns riesig!

Ans Herz legen möchten wir euch noch den Aufruf der Schüler*innen und Studierenden von FFF auf der vorletzten Seite dieses Heftes. Sollten wir Beschäftigten dem Aufruf folgen (Lehrkräfte können dies ganz legal über den Weg der „Unterrichtsgänge“ tun!), dann verspricht die Klimabewegung an Fahrt zu gewinnen und echte Wucht zu entfalten.

Mit besten kollegialen Grüßen eure „forum“-Redaktion

forum 3-2019

In Kürze	04
Kalenderblatt	08
Kontakte	09
Titelthema Erwachsenenbildung	10
Aus den gremien StV Köln	16
Rückblick Gewerkschaftstag	25
Kreisverband Rhein-Berg	28
Gesellschaft	30
Bildungspolitik	32
Internationales	34
Aktive Ruheständler*innen	37
Aufruf: Fridays for future	39



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug
im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem
Fall die Meinung der Redaktion
wieder.
Redaktion: Eva Hering, Guido
Schönian (verantw. Redakteur),

Jutta Jilg, Stefan Schüller, Heiner
Brokhausen
Geschäftsstelle:
Montag, Dienstag, Donnerstag
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46
Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/
Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln
Titelfoto: [www.bnt-trier.de/
uploads/media/Unterrichtsgang.
doc](http://www.bnt-trier.de/uploads/media/Unterrichtsgang.doc)
**Redaktionsschluss nächste
Ausgabe:** Ausgabe 4/2019
Redaktionsschluss: 10.10.2019
Erscheinungstermin: 09.12.2019





Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Grundschultag 2019

**Leben, Lernen, Entfalten, Gestalten –
100 Jahre Grundschule**

**12. November 2019
9.30 Uhr - 15.30 Uhr in Dortmund (Westfalen Halle)**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
im neuen Schuljahr hat die Grundschule Geburtstag. Sie wird 100 Jahre alt!
Dies wollen wir feiern und laden schon jetzt zu einer Veranstaltung
in Kooperation mit dem Grundschulverband e. V. ein.

Diskussion mit Schulministerin Yvonne Gebauer
Eröffnungsreferat von Prof. Dr. Hans Brügelmann

100 Jahre Grundschule: Eine Erfolgsgeschichte im Spannungsfeld wachsender
Anforderungen, unzureichender Ausstattung und populistischer Kritik
Foren zu aktuellen Grundschulthemen

Die Einladung mit dem genauen Programm und Hinweisen zur Anmeldung
werden nach den Sommerferien verbreitet.

Sozialpädagogik in der Schulein- gangsphase

Rechte und Aufgaben der sozialpädagogischen Fachkräfte in
der Schuleingangsphase

Wir laden alle sozialpädagogischen Fachkräfte herzlich zu die-
ser Veranstaltung ein.

Dienstag, 10.09.2019 von 17 Uhr bis 19 Uhr

Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln,
Großer Saal, 1. OG

Über eine kurze Anmeldung würden wir uns freuen (E-Mail:
kontakt@gew-koeln.de, T: 0221-516267).

EINLADUNG ZUM NÄCHS- TEN TREFFEN DER FACH- GRUPPE GRUNDSCHULE

Unsere Themen:

- Vorbereitung der Personalratswahl 2020
- Listenaufstellung
- Aktuelles aus den Schulen
- Themenwünsche

Montag, 30.09.2019 um 18 Uhr

Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1,
50672 Köln Großer Saal, 1. OG

Um eine kurze Anmeldung wird gebeten:
schuette-martina@web.de



**Wechsel im Bezirksvorstand
Köln:**

Alexander Fladerer verabschiedet die langjährigen Aktiven in der Bezirksleitung Köln, Angela Blömer (rechts) und Klaus-Dieter Lange (links), verbunden mit einem dicken Dankeschön für ihre langjährige engagierte Arbeit!

Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
veranstaltet das nächste **Lehrerrätetreffen am Montag, 18.11.2019 um 19 Uhr.**

Mögliche Themen:

Gewalt gegen Lehrer*innen
Teilzeitregelungen
Arbeitsbedingungen

Alle interessierten Kolleg*innen sind herzlich eingeladen. Anfang November werden noch ausführliche Einladungen an die Schulen verschickt.

Kontakt:

Timo Hemmesmann, E-Mail: timohemmesmann@gmx.de
Christiane Balzer, E-Mail: chribalzer@netcologne.de



Tarifabschluss der Länder (TV-L) 2019

Umsetzung und Verfahren
ACHTUNG für bereits ausgeschiedene
Beschäftigte:

Beschäftigte, die spätestens mit dem
02.03.2019 ausgeschieden sind, erhalten die Tarifnachzahlung entsprechend der Tarifeinigung nur nach schriftlichem Antrag.

Dieser Antrag muss bis spätestens 30.09.2019 unter Angabe der Personalnummer beim Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) eingereicht werden.

IN EIGENER SACHE – Umzugskartons abzugeben

Nach der Beseitigung unseres Wasserschadens in der GEW-Geschäftsstelle haben wir 20 Umzugskartons (Größe L und Größe Spedition) abzugeben. Für GEW-Mitglieder natürlich kostenlos! Bei Interesse einfach in unserer Geschäftsstelle melden (kontakt@gew-koeln.de oder 0221-516267).



Postkartenaktion

Die OFFENE GANZTAGSSCHULE (OGS) braucht mehr finanzielle und qualitative Unterstützung! Deshalb startet unser Arbeitskreis OGS eine Postkartenaktion, die auf die Zustände im Offenen Ganztage aufmerksam machen sollen. Die Postkarte ist direkt an den Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Weiterbildung im Rat der Stadt Köln gerichtet.

Bitte unterstützt die Aktion! Postkarten liegen in der GEW-Geschäftsstelle aus oder können in größerer Stückzahl angefordert werden. Zudem werden sie nach den Sommerferien direkt in die Schulen versendet. Mach mit und schick eine Postkarte ab!

Übrigens:

Das Schulsystem in NRW hat einen "Neuzugang"



Supervisionsangebot

Ob Lehrkraft oder Erzieher*in, ob Berufsanfänger*in oder ‚alter Hase‘ - viele empfinden

sich oft als Einzelkämpfer*in und sind bemüht, Schwierigkeiten allein und fehlerfrei zu bewältigen. Ob Unsicherheit, Unzufriedenheit mit sich selbst, Probleme im Umgang mit Kindern oder den Vorgesetzten, mit ihren beruflichen Sorgen bleiben Kolleg*innen häufig allein.

Insbesondere Referendar*innen und Berufsanfänger*innen fühlen sich einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt und stehen im Rahmen ihrer dienstlichen Beurteilungen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis. Aber auch das Gefühl, von den Kolleg*innen als „Anfänger*in“ kritisch beäugt zu werden, führt oft zu Unsicherheiten und Belastungen. Gerade auch für diese Gruppe soll das Supervisionsangebot der GEW eine Unterstützung darstellen.

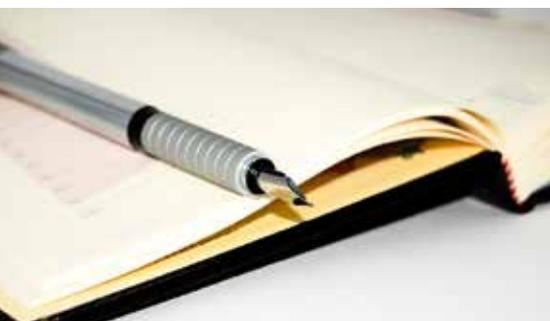
In der Supervision werden berufliche Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen. Durch die Reflexion des eigenen Handelns erfahren Kolleg*innen Stärkung in ihrer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung. Darüber hinaus fördert die kollegiale Diskussion einen leichteren Umgang mit problematischen Kindern und hilft bei Problemen im Team. Damit leistet die Supervision einen wesentlichen Beitrag zu einer höheren Arbeitszufriedenheit.

Der Stadtverband Köln der GEW bietet Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags treffen. Kosten für 4 Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro, Nichtmitglieder 80 Euro. Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (Systemischer Supervisor (SG) und IBSO-Köln).

Melden Sie sich einfach bei uns (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und nutzen Sie das sehr günstige Angebot des Stadtverbands Köln der GEW zur Supervision - verschaffen

Sie sich den Über-Blick! Die nächsten Termine jeweils von 18 Uhr bis 20 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle:

- Di. 17.09.2019
- Di. 08.10.2019
- Di. 05.11.2019
- Di. 03.12.2019
- Di. 14.01.2020
- Di. 11.02.2020
- Di. 10.03.2020



WANN, WO, WAS, WER ...

Termine im Überblick



SEPTEMBER 2019

03.09.19, 18.30 Uhr, **Dienstagsmeeting Junge GEW**, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

06.09.19, 19 Uhr, **AK Homosexuelle Lehrkräfte**, Jugendraum (Hinterhof)

06. bis 7.09.19, **GEW aktiv** in Duisburg

09.09.19, 18 Uhr, **AK Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrant*innenkindern (LEMK)**, Tagungsraum (EG)

09.09.19, 18 Uhr, **AK Angestellte**, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

09.09.19, 18.30 Uhr, **FG Kita**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

10.09.19, 17 Uhr, **FG Grundschule**, Sozialpädagogen in der Schuleingangsphase, Großer Saal (1. OG)

10.09.19, 17.30 Uhr, **FG Gesamtschule**, Tagungsraum (EG)

11.09.19, 17.30 Uhr, **FG Hochschule und Forschung, Biozentrum der Universität zu Köln**, Zülpicher Straße 47b, Raum 2.009. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

16.09.19, 18 Uhr, **Vortrag und Diskussion mit Dr. Birgit Palzkill: „Eine Schule für alle Geschlechter“**

17.09.19, 18 Uhr, **Projektgruppe Großdemo**, Tagungsraum (EG)

17.09.19, 18 Uhr, **Supervision**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

17.09.19, 19 Uhr, **AK Schulentwicklung**, Aktuelle Kölner Schulentwicklung, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

20.09.19, 18 Uhr, **Jubilar- und Aktivenfeier 2019**, Altenberger Hof in Köln-Nippes

24.09.19, 15 Uhr, **Aktive Ruheständler*innen**, Führung durch das Willy-Brandt-Forum, Unkel

25.09.19, 18 Uhr, **AK Offener Ganzttag**, Tagungsraum (EG)

30.09.19, 18 Uhr, **FG Grundschule**, Listenaufstellung Personalratswahl 2020, Großer Saal (1. OG)

OKTOBER 2019

01.10.19, 18.30 Uhr, **Dienstagsmeeting Junge GEW**, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

07.10.19, 13.15 Uhr, **Aktive Ruheständler*innen**, Besichtigung der Grafschafter Krautfabrik, Meckenheim

07.10.19, 18 Uhr, **AK OGS**, Großer Saal (1. OG)

07.10.19, 18 Uhr, **AK LEMK**, Jugendraum (Hinterhof)

07.10.19, 18 Uhr, **AK Angestellte**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

08.10.19, 18 Uhr, **Supervision**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

09.10.19, 17.30 Uhr, **FG Hochschule und Forschung**, TH Köln, Campus Südstadt, Ubierring 48, Raum 207/208. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

10.10.19, 19 Uhr, **AK Homosexuelle Lehrkräfte**, Jugendraum (Hinterhof)

14.10.19, 18.30 Uhr, **FG Kita**, Tagungsraum (EG)

14.10. - 26.10.2019 - Herbstferien in NRW

29.10.19, 18 Uhr, **FG Grundschule**, Großer Saal (1. OG)

NOVEMBER 2019

04.11.19, 10.45 Uhr, **Aktive Ruheständler*innen**, Führung durch die Kölner Synagoge

04.11.19, 18 Uhr, **AK LEMK**, Tagungsraum (EG)

04.11.19, 18 Uhr, **AK Angestellte**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

05.11.19, 18 Uhr, **Supervision**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

05.11.19, 18.30 Uhr, **Dienstagsmeeting Junge GEW**, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

07.11.19, 9 Uhr - 16 Uhr, **Basisqualifikation für Lehrerräte an Grundschule**, Köln

09.11.19, ab 14 Uhr, **Großdemo gegen Bildungsnotstand**

12.11.19, **Grundschultag in Dortmund**

12.11.19, 18 Uhr, **FG Gesamtschule**, Tagungsraum (EG)

13.11.19, 17.30 Uhr, **FG Hochschule und Forschung**, Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Straße 47b, Raum 2.009. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

18.11.19, 19 Uhr, **FG Sonderpädagogische Berufe**, Themen: Gewalt gegen Lehrkräfte, Teilzeitregelungen, Arbeitsbedingungen, Großer Saal (1. OG)

19.11.19, 17.30 Uhr, **FG Grundschule**, „DiFeS - wie geht das?“, Tagungsraum (EG)

20.11.19, 17.30 Uhr, **GEW-Mitgliederversammlung**, Großer Saal (1. OG)

26.11.19, 9 Uhr bis 16.30 Uhr, **Vertiefungsfortbildung für Lehrerräte** „Arbeits- und Gesundheitsschutz“, Köln

DEZEMBER 2019

02.12.19, 18 Uhr, **AK LEMK**, Tagungsraum (EG)

02.12.19, 18 Uhr, **AK Angestellte**, Jugendraum (Hinterhof)

03.12.19, 18 Uhr, **Supervision**, GEW-Besprechungsraum (1. OG)

03.12.19, 18.30 Uhr, **Dienstagsmeeting Junge GEW**, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

09.12.19, 18.30 Uhr, **FG Kita**, GEW-Besprechungsraum

11.12.19, 17.30 Uhr, **FG Hochschule und Forschung**, TH Köln, Campus Südstadt, Ubierring 48, Raum 207/208. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

19.12.19, 14 Uhr, **Aktive Ruheständler*innen**, Führung durch die Sonderausstellung „Stefan Wewerka“ - Dekonstruktion der Moderne, Villa Zanders in Bergisch Gladbach

23.12.19 - 06.01.2020 Weihnachtsferien in NRW

Wenn nicht anders angegeben finden alle Termine im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, statt.

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204,
joerg.buschmann@gew-nrw.de
Thomas Wesseler, 0241-911326,
thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com
Sandra Langer,
lesen.bildet@gmx.de
Klaus Mautsch,
klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094,
peter.heim@posteo.de
Werner Balfer, 0221-745180,
w.balfer@posteo.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte, 02236-321318,
schuette-martina@web.de
Anke Bieberstein, 0221-213788,
a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633,
fladerer@ish.de
Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net
Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de
Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291,
karin.distler@gmx.net
Claudia Seidel, claudia.
seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein,
anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167,
mariabackhaus@netcologne.de
Katrin Reininghaus, 0221-331647,
katrin.reininghaus@online.de
Elke Görgen-Schmickler, 0221-419327,
elkegoergen@web.de

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,
0177-8239728
timohemmesmann@gmx.de
Christiane Balzer, 0221-9524740
chribalzer@netcologne.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber,
brunhilde.seeber@icloud.com

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869,
klein-loebbert@netcologne.de
Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448,
abhikachilles@web.de
Christina Krautwurst,
christinakrautwurst@gmx.de
Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de
Peter Heim, 0221-743094,
peter.heim@posteo.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930,
bodo.busch@netcologne.de
Björn Kiefer, 0170-9913326,
b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach,
martin.mackenbach@gew-nrw.de
Anneka Hündgen,
hib-koeln@gew-nrw.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Beate Kleifgen,
beatekleifgen@web.de
Hasan Taşkale, 02204-55869,
taschkale@gmx.de
Mustafa Ayırtır (HSU),
0172-7536269,
ayirtir_mustafa@hotmail.de
Helma Rohm-Schnak,
helnorosch@unitybox.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener,
a.kloeckener@online.de
Eckhard Riedel,
eckhard-riedel@gmx.de
Hans Raatz,
raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,
uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@netcologne.de





Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln? Ein Gespräch mit Mitgliedern der Fachgruppe Erwachsenenbildung

Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion

forum: Wieso seid Ihr in die GEW eingetreten?

SANDRA: Das war relativ spontan, kurz nachdem ich 2016 angefangen habe in der Erwachsenenbildung zu arbeiten. Ich bin von einer Kollegin zu einer Veranstaltung eingeladen worden, bei der es um die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in der Volkshochschule ging. Die Kollegin hat sehr stark um unsere Mitgliedschaft geworben, weil sie völlig zurecht gesagt hat, dass man sich organisieren muss, wenn man etwas erreichen will. Alleine kriegt man zu wenig hin. Sie hat mich überzeugt und ich bin kurz nach der Veranstaltung eingetreten. Es war aber damals auch deutlich, dass die Fachgruppe Erwachsenenbildung sich bereits in diesem Bereich engagiert. Ich war also direkt in meinem Element und musste nicht erst erklären oder Überzeugungsarbeit leisten. Ich war schon vorher politisch engagiert und das Prinzip der Solidarität halte ich für unersetzbar.

KLAUS: Ich hatte schon länger in Initiativen von Lehrkräften an der Volkshochschule gearbeitet. Diese wurden oft von der GEW unterstützt, z. B. durch den Druck von Flyern. Damals war ich zunächst nur Nutznießer der Unterstützung durch die GEW, aber als sich für mich die politische Arbeit intensiviert hatte und wir die Unterstützung von Max Beier erhalten haben, wollte ich die Zusammenarbeit durch meine Mitgliedschaft festigen und mich aktiver einbringen.

SANDRA: Meine Erfahrung ist es auch – und das zeigen ja zumindest auch unsere beiden Beispiele – dass man sich durch Kolleginnen und Kollegen, die einen mitnehmen, ansprechen oder anderweitig aktivieren, am ehesten für die Mitgliedschaft entscheidet. Es ist viel effektiver, wenn aktive Mitglieder mich direkt ansprechen, als wenn mir irgendwo unpersönliche Werbung entgegenspringt. Man braucht konkrete Personen, an denen man sich orientieren kann.

forum: Was sind die momentanen Schwerpunkte der Fachgruppe Erwachsenenbildung?

KLAUS: Es gibt Unterschiede zwischen der städtischen Ebene und der Landesebene. Auf der Landesebene sind auch die berufsbildenden Schulen oder die Bildungsgänge des sogenannten „zweiten Bildungsweges“ Teil der Erwachsenenbildung. Hier im Stadtverband sind wir sehr stark vertreten durch die Lehrkräfte an der Volkshochschule – das sind Honorarlehrkräfte im weitesten Sinne, deren prekäre Bedingungen mehr oder weniger vergleichbar sind - wie die Befristung der Verträge, die z. T. nur für fünf Wochen gelten, die fehlende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die fehlende Beteiligung der Arbeitgeber an den Sozialversicherungsbeiträgen oder der nicht vorhandene Kündigungsschutz. Ein wesentlicher Unterschied betrifft oft die Honorarhöhe.

SANDRA: Durch diese schlechten Arbeitsbedingungen verschlechtert sich leider auch die Ausgangslage für gewerkschaftliches Engagement. Du musst immer befürchten, von Deinem Arbeitgeber nicht weiterbeschäftigt zu werden. Daher ist die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen sowie die Unterstützung durch die GEW essenziell. Wir sind froh, dass wir zurzeit so stark vertreten sind.

KLAUS: Im Moment streben wir an, die Mitwirkung aller Beschäftigter an der Volkshochschule in eine neue Form zu bringen. Wir wollen eine Art Sprecherrat einführen, in dem alle Fachbereiche vertreten sind. Es geht uns nicht nur um die Kolleginnen und Kollegen, die arbeitnehmerähnlich#, sondern auch um diejenigen, die mit weniger Unterrichtsstunden beschäftigt sind. Und ganz klar geht es auch darum, die Honorare nach oben hin anzupassen. Das ist ein langer, mühsamer Prozess mit dem Stadtrat.

SANDRA: Über eine fällige Erhöhung hinaus geht es uns auch darum, die Honorare zu dynamisieren## und die finanziellen Möglichkeiten der Volkshochschule zu verbessern.

forum: Wo drückt der Schuh momentan bei den Kolleginnen und Kollegen in der Erwachsenenbildung?

SANDRA: Das ist sehr individuell. Wir haben ein bestimmtes Setting an Problemen. Dabei geht es um die eben bereits geschilderten Probleme. Es ist der Mangel an Kündigungsschutz, Festanstellung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Ansprechpartnern und Mitwirkungsmöglichkeiten. Aus diesen Rahmenbedingungen ergeben sich für die einzelnen Kolleginnen und Kollegen dann wieder einzelne Problemlagen, die sehr vielschichtig sind. Die einen haben eine Familie, die sie versorgen müssen. Die anderen sind dringend auf diese Arbeit angewiesen und können sich nicht erlauben, unangenehm aufzufallen. Wiederum andere bekommen keine Hilfe, wenn es beispielsweise Probleme mit der Kursstruktur gibt. Daraus ergeben sich die unterschiedlichsten Anfragen und Anliegen an uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

KLAUS: Innerhalb der Volkshochschule ist die Interessenlage sehr gemischt. Die Gruppe der arbeitnehmerähnlich Beschäftigten wird nicht ausschließlich, aber hauptsächlich aus Deutschlehrkräften gebildet. Das sind Kolleginnen und Kollegen, die dauerhaft und mit einem Stundenumfang, der einer Dreiviertelstelle bei Lehrer*innen entspricht, mit dem Auftrag der sprachlichen Integration von Zugewanderten beschäftigt werden. Für sie muss es einen Systemwechsel innerhalb der VHS geben. Die VHS ist inzwischen über 100 Jahre

alt und ist unter anderen Bedingungen gestartet. Wir brauchen heute eine differenzierte Form der Beschäftigung und können nicht mehr so tun, als seien alle Kursleiter*innen nebenberuflich beschäftigt.

SANDRA: Langfristig hoffen wir, dass es eine tarifliche Bindung geben wird. Am besten wäre, dass dies auch überregional geregelt wird. Die Situation der Beschäftigten ist in Köln anders als in Bonn oder Münster und für NRW ganz anders als für Stuttgarter. Die Bedingungen sind bundesweit völlig uneinheitlich. Die Uneinheitlichkeit geht noch über das föderal organisierte Schulsystem hinaus. Allein das Gefälle innerhalb NRWs ist eklatant. In Köln bekommen die Lehrkräfte beispielsweise inzwischen 35 Euro Honorar die Stunde und in Düsseldorf lediglich 20 Euro Honorar die Stunde, wenn sie nicht für die Integrationskurse im DAF/DAZ-Bereich arbeiten, der vom Bundesinnenministerium organisiert wird.

KLAUS: Das ist irrsinnig. Diejenigen, die dort z.B. Deutschkurse auf einem höheren Niveau anbieten, werden bei gleicher Qualifikation nur deshalb geringer bezahlt, weil ihre Kurse über den kommunalen Haushalt finanziert sind und nicht, wie bei den Integrations Sprachkursen, über den Bund. In Köln haben wir es glücklicherweise durch unsere Initiative geschafft, dass die Honorare für alle Deutschkurse angeglichen wurden. Dadurch wurde die Honorarspreizung, die in Köln 12 Euro betrug, für die VHS Köln überwunden, aber für viele andere Volkshochschulen und Lehrkräfte bei privaten Sprachkursanbietern ist dieses Missverhältnis immer noch gegeben.

SANDRA: Und dann gibt es noch das Gefälle zwischen den Sprachlehrkräften und denjenigen, die andere Kurse anbieten.

KLAUS: Genau und an dieser Stelle gilt es, auch diese Kolleginnen und Kollegen zu vertreten und zu organisieren. Wir sind nicht nur der Ansprechpartner für die Deutschlehrkräfte. Wir wollen mit der Kommune verhandeln, dass nicht mehr nach Gutdünken Euros verteilt werden. Wir wollen Gerechtigkeit für alle Lehrkräfte an den Volkshochschulen und in einem zweiten Schritt auch an den freien Trägern. Und wir wollen kurzfristig erreichen, dass die Honorare dynamisiert werden, also mit den Löhnen der städtisch festangestellten Verwaltungskräfte ansteigen.

forum: Wie habt Ihr die Honorarerhöhungen in Köln erreicht?

KLAUS: Das war ein kleiner Aufstand. Es haben sich im Jahr 2016 während der Sommerpause 25 Dozentinnen und Dozenten getroffen und haben gemeinsam erklärt, dass sie mit dem Honorar von 21,50 Euro nicht mehr einverstanden sind. Sie haben gefordert auch die Erhöhung auf 35 Euro Honorar zu bekommen, die die Kolleginnen und Kollegen im Integrationsbereich durch die Unterstützung der GEW erreicht haben. Ihre Waffe war es, im Falle eines Ausbleibens eines höheren Angebots, die Arbeitsverträge nicht zu unterschreiben. Man hat der Stadt in einem Brief auch eine Frist gesetzt. Dieser Brief wurde von den 25 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet und hat dann im Schuldezernat Wirkung entfaltet. Da ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, der noch bis zum Jahresende gedauert hat. Es gab zwar Widerstände seitens der Jamaika-Koalition im Kölner Stadtrat oder sagen wir zumindest, dass sich CDU, FDP und Grüne abwartend verhalten haben. Im Dezember 2016 jedoch wurde endlich die Anhebung beschlossen. Ich bezweifle, dass es ohne den Druck, den die Kolleginnen und Kollegen durch ihren angedrohten Weggang erzeugt haben, so weit gekommen wäre. Das ist ein unheimlicher Erfolg.

forum: Ist die GEW zu lehrerlastig?

SANDRA: Die Fachgruppe Erwachsenenbildung, die ich kennengelernt habe und zu der ich dann als Mitglied dazugestoßen bin, hat schon immer sehr viel in den Gremien der GEW gearbeitet. Wenn wir auf fachgruppenübergreifenden Versammlungen der GEW von unseren Problemlagen berichten, bekommen wir viel Zuspruch. Die Kolleginnen und Kollegen können unsere Situation nachvollziehen. Das Problem ist eher struktureller Natur: An der Stelle, wo es um Pfründe geht, um Status, um die Abstufungen innerhalb der Lehrerschaft. Wir werden ohne Staatsexamen, das es für unseren Beruf nicht gibt, nicht als vollwertige Lehrerinnen und Lehrer gesehen – nicht so sehr im Kölner Stadtverband, sondern mehr auf Landes- und Bundesebene. Wenn wir Forderungen nach Vereinheitlichung oder nach Tarifierung stellen, wird uns entgegnet: „Ja gut, aber Ihr seid auch was anderes und Ihr könnt dann nicht die Gruppierung ‚Schlagmichtot‘ haben, weil Ihr ja kein Staatsexamen habt.“

Und mein Eindruck ist der, dass unsere Forderungen für die oberen GEW-Etagen ein größeres Problem sind, als für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, mit denen wir tagtäglich zu tun haben. Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort haben vielleicht andere Probleme, aber sie müssen auch an ihren Schulen für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen und können deshalb vielleicht besser unsere Sorgen und unsere Situation verstehen. Wenn es jedoch um strukturelle Fragen geht, kommt man an Grenzen der Solidarität. Der Abstand zu den Lehrerinnen und Lehrern mit Staatsexamen ist ein Sakrileg. Umgekehrt möchte ich den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen zurufen: Auch Ihr leidet unter zunehmend schlechteren Arbeitsbedingungen. Kämpft dafür, dass es für uns alle besser wird. Wenn wir an den Volkshochschulen das trotz unserer prekären Beschäftigungssituation schaffen, dann könnt Ihr das allemal.

forum: Wie sieht Eure Vision für die VHS Köln im Jahre 2030 aus?

KLAUS: Also immerhin elf Jahre gehen ins Land ...

SANDRA: Aber wir wissen, wie langsam die Mühlen mahlen ... Vielleicht hat sich bis dahin noch gar nicht viel getan?

KLAUS: Ich bin seit 25 Jahren in dieser Tätigkeit. Also 25 Jahre befristete Verträge. Alle drei Monate einen neuen. Es hat auch Kolleginnen und Kollegen aus der Gewerkschaft gegeben, die gesagt haben, dies sei ein Grund sich einzuklagen. Leider muss man sagen, dass damit bereits Kolleginnen und Kollegen krachend gescheitert sind, weil es eine Rechtsprechung an den Arbeitsgerichten gibt, die uns das offensichtlich nicht zugestanden hat. Allein die Kettenvertragssituation ist nämlich kein Grund für eine Entfristung, wir sind nämlich als Lehrkräfte an den Volkshochschulen nicht weisungsgebunden###, aber das nur nebenbei. Zurück zur Frage: In den 25 Jahren gab es natürlich viele Veränderungen und auch Verbesserungen. Es gab tatsächlich viele kleine Schritte – insbesondere Honorarerhöhungen, aber strukturelle Verbesserungen wurden noch nicht wirklich erreicht. Ich musste kürzlich auch zurückdenken – an den Aufstand im Jahr 2016, der ja tatsächlich auch ein großer Erfolg war. Das hatte also 22 Jahre gedauert, bis ein solcher Schritt gemacht wurde. Da weiß ich gar nicht, was ich für eine Vision für die Zeit in elf Jahren haben soll. Mein Wunsch ist natürlich, dass wir bis dahin weiterhin ein gutes Angebot an den Volkshochschulen haben, sich aber die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unserem Sinne strukturell verbessert haben.

SANDRA: Mein Wunsch würde sich gar nicht so auf die VHS an sich beschränken, sondern an unseren eigentlichen Arbeitgeber, die Kommune, in meinem Fall die Stadt Köln richten. Die Stadt muss akzeptieren, dass die VHS sich in ihrer Trägerschaft befindet und sie sich als Arbeitgeber in einer Vorbildfunktion befindet. Die Stadt müsste dafür sorgen, dass erhoben wird, wie die Situation an der Volkshochschule ist. Es müsste geprüft werden, wie viele Lehrkräfte für einen seriösen Lehrbetrieb gebraucht werden und dann müsste es Planstellen in dem Bereich geben, in dem die Kolleginnen und Kollegen sozial angemessen und gemäß ihrer Qualifikation angestellt werden. Das ist etwas, was nicht an der Volkshochschule hängt, sondern an der Politik. Hier bräuchte es den politischen Willen aller politischen Ebenen: Kommune, Land und Bund. Es wäre wichtig, nicht nur darüber zu reden, dass man prekäre Beschäftigung ablehnt, sondern auch tatsächlich gesicherte Arbeitsverhältnisse im eigenen Laden zu schaffen. Lippenbekenntnisse kriegt man allorts, aber es fehlt die Bereitschaft, die Dinge wirklich zu ändern. Dies betrifft natürlich nicht nur uns, sondern z. B. auch die Beschäftigten an den Hochschulen. Wir sind nicht die einzigen, die unter prekären Bedingungen arbeiten.

Glossar:**# ARBEITNEHMERÄHNLICHE ARBEITSVERHÄLTNISSE:**

Der Begriff „arbeitnehmerähnlich Beschäftigte“ entstammt dem Tarifvertragsgesetz. Ihm zufolge sind Beschäftigte, die als Selbstständige mehr als die Hälfte ihres Einkommens von einem Auftraggeber beziehen, „sozial schutzbedürftig“. Daraus leiten sich gewisse Ansprüche an den Auftraggeber ab, so z.B. ein Anspruch auf bezahlten Urlaub, nicht jedoch der Anspruch auf Mindestlohn. Dennoch kann diese Beschäftigtengruppe in Tarifverträge einbezogen werden.

DYNAMISIERUNG DER HONORARE: Hierunter wird die jährliche Anpassung der Honorarsätze an die in den Tarifabschlüssen ausgehandelten Gehaltssteigerungen für die angestellten Mitarbeiter des Auftraggebers verstanden.

WEISUNGSgebunden: Laut BGB wird damit die persönliche Abhängigkeit eines Angestellten hinsichtlich der durch den Arbeitgeber festgelegten Umstände der zu erbringenden Tätigkeiten bezeichnet. Da die besonderen Begleitumstände einer Tätigkeit umfassend betrachtet werden müssen, haben Arbeitsgerichte in ihrer bisherigen Rechtsprechung keine persönliche Abhängigkeit von Honorarlehrkräften an Volkshochschulen bestätigt.

Am 24. Mai 2019 begannen die Feierlichkeiten zum 100jährigen Bestehen der Volkshochschule in Köln am Neumarkt. Die Dozent*innen, unterstützt durch den Stadtverband Köln der GEW, waren gut vorbereitet und wiesen durch zahlreiche Aktionen auf die prekäre Situation ihrer Arbeitsverhältnisse hin.



Im Rahmen der Veranstaltung verfügten die VHS-Lehrkräfte über einen eigenen Raum, in dem sie Gäste und andere Kollegen über ihre Arbeit und besonders über ihre Arbeitsbedingungen informierten. Hier gab es die Möglichkeit zum ruhigen Gespräch, aber auch Materialien zugänglich zu machen und sogar einen kleinen Film zu zeigen. Mit speziell gedruckten T-Shirts zogen die Lehrkräfte schon von Weitem die Blicke der Besucher auf sich, da sie nicht nur in ihrem Raum verweilten, sondern das ganze VHS-Studienhaus nutzten, um auf sich aufmerksam zu machen, zu informieren und mit den Besuchern ins Gespräch zu kommen.



Bereits zur Eröffnung einer Ausstellung über die Geschichte der VHS erregten die VHS-Lehrkräfte Aufmerksamkeit, als sie sich gemeinsam zur Eröffnungsrede des VHS-Leiters Jakob Schüller im Foyer im ersten Stock samt Bannern und Plakaten einfanden. Dieser stille Protest wurde von Herrn Schüller im Anschluss an seine Rede spontan aufgegriffen und in einigen solidarischen Worten für das anwesende Publikum erläutert, wobei sowohl Verständnis für die Problematik als auch Unterstützung durch die VHS-Leitung signalisiert wurde.



Über das reine Verteilen von Flyern und Ansprechen der Besucher hinaus, sorgten die Lehrkräfte auch mit kreativen Aktionen im ganzen Haus immer wieder für Aufmerksamkeit.

100 Jahre VHS – ein Grund zum Feiern? Ja – aber ...

Die VHS feiert sich zu Recht als Ort ...

- der Gemeinnützigkeit
 - der Weiterbildung
 - der Verwirklichung von Chancengerechtigkeit
 - der Integration
- ... und verweist dabei stolz auf
- die akademische Qualifikation ihrer Dozent*innen.

Die Lehrkräfte aber, die diese Aufgaben schultern, beschäftigt die Stadt Köln trotz der ungeheuren Veränderungen und dem gewaltigen Ausbau der VHS so, als wären die Verhältnisse noch dieselben wie vor hundert Jahren.

In der Weimarer Republik setzten sich Bürger*innen, die unabhängig von der VHS über ein gesichertes Einkommen verfügten, in ihrer Freizeit für die kulturelle Fortbildung ihrer Mitbürger*innen ein. Zu diesem Zweck gaben sie an der VHS ein paar Stunden im Monat ihr Wissen an Interessierte weiter und erhielten für ihr soziales Engagement ein kleines Honorar, das als ein willkommenes Zubrot zu ihrem eigentlichen Verdienst gelten konnte.

Heute aber, nach 100 Jahren ihres Bestehens, hat sich die VHS zur bundesweit größten Einrichtung beruflicher Fortbildung und sozialer Integration entwickelt. Ihre Lehrkräfte beschäftigt sie dennoch weiterhin auf der Basis niedriger Stundenhonorare. Obwohl viele VHS-Lehrkräfte de facto arbeitnehmerähnlich und wie Teil- oder Vollzeitkräfte arbeiten, ist keine einzige von ihnen festangestellt und genießt daher auch nicht die Vorteile Festangestellter wie Fortzahlung im Krankheitsfall und Arbeitgeberzahlung bei den Sozialabgaben. Die Dozent*innen der VHS sind (Schein-)Selbstständige und hangeln sich von Kursvertrag zu Kursvertrag ohne Planungssicherheit für die Zukunft.

Gemeinnützigkeit auf Kosten der Honorarkräfte

Die VHS bietet, ihrem gemeinnützigen Auftrag gemäß, kostengünstige Kurse, die auch für finanziell schwach gestellte Kursteilnehmer*innen erschwinglich sein sollen. Um diese wichtige soziale Aufgabe mit den Mitteln des von der Stadt Köln zugewiesenen, leider sehr begrenzten Etats wahrnehmen zu können, spart die VHS an den Honoraren ihrer freiberuflichen Lehrkräfte, indem sie die Stundenhonorare der Dozent*innen unangemessen niedrig kalkuliert.

100 Jahre VHS – wir Lehrer*innen können erst feiern, wenn die Stadt Köln die Zuschüsse für die VHS erhöht und dadurch die Möglichkeit einer Festanstellung (nach TVöD 12/13) eröffnet.

Regulär statt prekär!

Sie möchten die Forderung unterstützen? Weitere Infos und den Link zur Petition unter: kreisefresser.org/vhs-petition/



Offener Brief: Förderung statt Zwang in Integrationskursen!

Mit dem BAMF-Trägerrundschreiben vom 08.08.2018 wurde eine **Meldepflicht** für die Kursträger weiter verschärft: Zum Integrationskurs verpflichtete Teilnehmer*innen sollen vom Träger dem Jobcenter / der Ausländerbehörde gemeldet werden, wenn sie mehr als 20% der Unterrichtsstunden in einem Kursabschnitt oder ab drei Tagen am Stück entschuldigt oder unentschuldigt fehlen. Bei Krankheit muss nun schon ab dem 2. Fehltag ein ärztlicher Nachweis erbracht werden. Im Falle einer sogenannten nicht ordnungsgemäßen Teilnahme am Kurs drohen den Teilnehmer*innen, zumeist Geflüchtete und Arbeitsmigrant*innen, **Sanktionen**. Ihnen kann zum Beispiel die Möglichkeit versagt werden, Wiederholungsstunden in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus wurde die freie Wahl des Bildungsträgers sowie der **Wechsel zu einem anderen Träger** für die Teilnehmer*innen eingeschränkt.

Diese Zwangsmaßnahmen halten wir für kontraproduktiv und unhaltbar, da sie an der Realität der Teilnehmer*innen vorbeigehen und ein repressives Kursklima schaffen.

Wir erleben unsere Teilnehmer*innen zum größten Teil motiviert und sehr interessiert daran, die deutsche Sprache zu erlernen, die nicht für ihre Einfachheit bekannt ist. Gerade Geflüchtete müssen oft ein völlig neues Schriftsystem in einer Sprache lernen, die von ihrer eigenen Muttersprache sehr weit entfernt ist. Es bedeutet **sehr viel Arbeit und Übung**, oft erschwert durch

folgende Umstände: Unsere Teilnehmer*innen sind nicht hauptsächlich junge, gesunde, alleinstehende Menschen, die ihren Alltag rein am Deutschkurs ausrichten können. Viele haben Kinder oder sogar schon Enkelkinder und/oder sind seit längerem kein Schulumfeld mehr gewöhnt. Sie haben regelmäßige Behördentermine, viele sind auf Wohnungssuche, leben oft auf engstem Raum in Heimen, also an Orten ohne Ruhe zum Lernen. Viele werden von (chronischen) Krankheiten geplagt, sind vor Krieg und Unrecht geflohen und haben lebensbedrohliche Situationen durchlebt, deren Folgen oft Traumata sind.

Der Fehlzeitenkatalog des BAMF, der die offiziell anerkannten Gründe für das Fernbleiben vom Unterricht aufführt, sowie die neuen Regelungen **berücksichtigen diese Lebensrealitäten der Teilnehmer*innen nicht**.

Darüber hinaus schaffen die neuen Maßnahmen eine **Atmosphäre des Zwangs und der Denunziation**, welche das für den Lernerfolg überaus wichtige **Vertrauensverhältnis** zwischen Teilnehmer*innen und Dozent*innen belastet.

Wir wissen um die Debatte über die niedrige Erfolgsrate beim Deutschtest für Zuwanderer. Bezüglich dieser Zahlen sei bemerkt: Die Aufregung um die sinkende Rate der Teilnehmer*innen, die B1 bestehen, berücksichtigt nicht die Zielsetzung der **Alphabetisierungskurse, A2** zu bestehen. D.h. die Alphabetisierungskurse werden oft erfolgreich abgeschlossen, aber in der Statistik trotzdem als Versagen dargestellt.

Zuletzt gab es am 20. Juni 2019 vor dem Bundesinnenministerium eine Aktion unter dem Motto „Solidarität statt BAMF“. Von dieser Aktion stammt auch das Bild auf dieser Seite.

Wir Dozent*innen sind dagegen, dass der Verfall des Anspruches auf ihren Deutschunterricht wie ein Damoklesschwert über den Teilnehmer*innen schwebt. Ihnen kann der Leistungsbezug vom Jobcenter gekürzt werden, obwohl das Jobcenter wie auch die Ausländerbehörde oftmals Termine in die Unterrichtszeit legen und damit selber eine ordnungsgemäße Kursteilnahme verhindern. So etwas erzeugt Ohnmacht. Auch ist es möglich, dass sich zu hohe Fehlzeiten negativ auf die Teilnehmer*innen bezüglich ihrer Aufenthaltsverlängerung und ihre Chance auf Familiennachzug auswirken. So müssen sie z.B. auch abwägen, ob sie bei Krankheit zu Hause bleiben können bzw. sie ihre geringe Chance auf eine Wohnung im Vorhinein aufgeben müssen, weil sie Besichtigungstermine zu Unterrichtszeiten nicht wahrnehmen können. In dieser Unsicherheit zu leben ist eine Zumutung und **kontraproduktiv für das Lernen**.

Wir sehen uns solidarisch an der Seite unserer Teilnehmer*innen, denn wir wissen, mit welchen Voraussetzungen sie die Deutschkurse besuchen und in welchen Lebenslagen sie sich momentan befinden. Wir möchten das Interesse **und die Neugier**, mit der Teilnehmer*innen zu uns kommen, weiter fördern, so dass sie ihren **positiven Zugang zur deutschen Sprache und ihre Freude am Lernen beibehalten**. Mit Zwang ist dies unserer Ansicht und unserer Erfahrung nach nicht möglich. Was sie neben Motivation und Vertrauen brauchen, ist vor allem ausreichend Zeit. Die **Kursdauer, -größe und -stabilität** sollte dringend den spezifischen Lern- und Lebenssituationen der Teilnehmer*innen Rechnung tragen, auch der von älteren und lernungewohnten.

Um erfolgreich lernen zu können, müssen sich die Teilnehmer*innen in ihren Kursen und mit den Dozent*innen wohl fühlen, sich von ihnen gefordert und gefördert fühlen. Deshalb ist die **selbstbestimmte Wahl der Lernumgebung** von immenser Bedeutung. Nicht immer passt die Stimmung zwischen Dozent*in und Teilnehmer*in. Auch werden Teilnehmer*innen zur Wahrung der Mindestteilnehmendenzahl oft in falsche Kursniveaus eingestuft, was in der Regel weitreichende Folgen nicht nur für den Lernerfolg jedes Einzelnen, sondern auch für die Gruppendynamik im Kurs hat.

Die einzige Möglichkeit der Teilnehmer*innen, den eigenen Lernerfolg trotz alledem zu sichern, war bisher der Wechsel des Kursträgers. Diese Möglichkeit wurde nun erheblich beschnitten. Wir verstehen nicht, wie

dies dazu führen soll, dass mehr Menschen die Sprache lernen, um ihren Alltag in Deutschland meistern zu können, und den Deutschtest für Zuwanderer erfolgreich bestehen.

Wir fordern die Rücknahme der neuen Maßnahmen des BAMF, da diese nicht nur eine Verschlechterung der Lebenssituation unserer Teilnehmer*innen und des Lernklimas in unseren Kursen bedeuten, sondern auch eine Erschwerung unseres Berufs und eine Überlastung der Verwaltung.

Wir fordern außerdem ein Ende der stetigen Ausweitung der Kontrollen und Sanktionen, die unsere Teilnehmer*innen unter Generalverdacht stellen. Um bessere Ergebnisse zu erzielen, brauchen wir stattdessen ausreichende, auf die Bedürfnisse der Teilnehmer*innen zugeschnittene und flexible Kursangebote, um auch Menschen mit unterbrochenen Bildungsverläufen eine Chance auf einen realistischen Bildungsabschluss zu ermöglichen.

Wenn das BAMF die Qualität der Integrationskurse verbessern will, sollte es die Menschen mit einbeziehen, die die Realität der Kurse am besten kennen: **Dozent*innen und Teilnehmer*innen**.

Anmerkung der Redaktion: Der Offene Brief befindet sich auf dem Blog der Freien Dozent*innen: friedozentinnen.wordpress.com



M23 Aktionsbündnis „Mehr Große für die Kleinen“ –

Wie geht es weiter? // **Brunhilde Seeber, Fachgruppe Kita**

Mit der Großdemo in Düsseldorf am 23.05.2019 von 10.000 Beschäftigten aus unterschiedlichsten Kitas signalisierten die Kollegen*innen der Landesregierung, dass der vorgelegte Referentenentwurf der CDU/FDP-Landesregierung NRW an vielen Stellen einer weiteren Überarbeitung bedarf, damit eine gute frühkindliche Bildung in den Kitas gewährleistet werden kann.

Schon auf der Demo wurden weitere Aktionen angekündigt, da es so auf gar keinen Fall weiter gehen kann und darf. Das Bündnis: „Mehr Große für die Kleinen“ startete mit einer landesweiten Unterschriftenaktion. Hier wurde die Landesregierung aufgefordert, Punkte wie:

- **Personalbemessung nach aktuellen wissenschaftlichen Studien**
(U3 = 1 zu 3 und für Ü3 = 1 zu 7,5)
 - mehr pädagogisches Personal pro Gruppe
 - Orientierung des Personalschlüssels an den realen Öffnungszeiten (i.d.R. 45 WStd.)
- **kleinere Gruppen**
(Ü3 = max. 20 Kinder, U3 = max. 10 Kinder, U3+Ü3 max. 17 Kinder)
 - Azubis zusätzlich
 - Start einer Ausbildungsinitiative
 - Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung (PIA)
 - verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten
 - Freistellung der Leitungen und anteilige Freistellung der stellv. Leitungen
 - ausreichende Hauswirtschaftskräfte

in den Mittelpunkt der Überarbeitung zu stellen.

Die Unterschriftensammlung endete sehr erfolgreich am 30.05.2019.

Das Bündnis vereinbarte einen Termin der Übergabe der Unterschriftenliste an die Ausschussmitglieder Herrn Marcel Hafke, (MdL) Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und Herrn Jens Kamieth, (MdL) Sprecher für Familie, Kinder und Jugend der CDU-Landtagsfraktion, öffentlich vor dem Landtag in Düsseldorf, am 04.07.2019.

Dieser Termin wurde auf Anfrage aus dem Landtag erst einmal auf den 09.07.2019 verschoben. In diesem Anfrageschreiben heißt es weiter, dass Marcel Hafke und Jens Kamieth von einer öffentlichen Veranstaltung vor dem Landtag im Sinne des konstruktiven Austausches Abstand nehmen.

Diese Absage hat das Bündnis nicht davon abgehalten, wie geplant am 09.07. vor dem Landtag eine symbolische „Bannmeile für frühkindliche Bildung und gute Arbeit in den Kitas in NRW“ aufzustellen.

Mit Unterstützung einiger Kollegen*innen aus den verschiedenen Verbänden wurden vom Sprecher des Bündnisses Thorsten Böning die in kürzester Zeit gesammelten 80.000 Unterschriften der Opposition von SPD und Grünen vor dem Landtag übergeben.

Schade! Das Bündnis hätte sich gewünscht, dass die zuständigen Ausschussmitglieder der Landesregierung von CDU und FDP die Listen mit mehr als 80.000 Unterschriften entgegennehmen.

**Es gibt noch viele Berichte und Videos im Netz unter:
www.mehr-grosse-fuer-die-kleinen.de**

Zum Referentenentwurf gibt es eine Stellungnahme des DGB NRW, GEW NRW und ver.di NRW, ebenfalls im Netz auf der Homepage der GEW NRW.

Holweide-Erlass in Gefahr

Sind Inklusion und die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Familien kein Anliegen mehr? // **Prof.in Anne Ratzki, Mitglied der GEW Köln**

„Liebe Schulgemeinde Holweide,

[...] Wir unterstützen die Stellungnahme der Schulgemeinde der Gesamtschule Holweide vom 01.07.2019. Auch der GEW-Vorstand Köln ist entschieden gegen die Aufhebung des Holweide-Erlasses.

*Gerade im Sinne von Inklusion und Bildungsgerechtigkeit bietet Unterricht, der nicht durch Formen der Fachleistungsdifferenzierung aufgeteilt wird, für die Schüler*innen viel mehr Chancengerechtigkeit. Holweide praktiziert das seit langer Zeit, zur hohen Zufriedenheit von Schüler- und Elternschaft.*

Das Vorhaben des MSB, den Erlass aufzuheben, ist uns auch vor dem Hintergrund völlig unverständlich, dass die Ergebnisse der QA von 2017 die hohe schulische Qualität belegen.

Dieses Modell sollte unbedingt erhalten bleiben, an der GE Holweide wie auch an der GE Höhenhaus.

Wir versichern Euch der Solidarität der GEW Köln und sind auch jederzeit bereit, Protestaktionen und Öffentlichkeitsarbeit Eurerseits praktisch zu unterstützen.

*Mit solidarischen Grüßen
GEW Vorstand Köln“*

Seit ihrer Gründung 1975 hatte die Gesamtschule Holweide gegen die Verpflichtung zur Fachleistungsdifferenzierung gekämpft. Im 6. Jahrgang unterschrieben alle Eltern bis auf zwei einen Antrag, die Kinder auch im 7. und 8. Schuljahr gemeinsam zu unterrichten. Der Antrag hatte Erfolg für Deutsch und Mathematik, nicht für Englisch. Das Misstrauen der Behörden war riesig. Es war die gute Arbeit und die Geschlossenheit des Kollegiums und die große Unterstützung durch die Eltern, die zum Erfolg führte: 1982 erhielt Holweide von der Kultusministerkonferenz (KMK) einen Sonderstatus für die Aussetzung der Fachleistungsdifferenzierung in Mathematik bis 9 und für Deutsch und Naturwissenschaften. Damit war auch ein Verzicht auf eine Zuweisung zu E- oder G-Kursen auf dem Zeugnis verbunden. 1984 und noch einmal 2005 wurde diese Sonderregelung im sog. Holweide-Erlass festgeschrieben. Höhenhaus, das denselben Antrag gestellt hatte, erhielt einen entsprechenden Erlass.

Höchst erstaunt war nun die Gesamtschule Holweide, als im März eine Einladung der Schulleitung ins Ministerium erfolgte und Kultusministerin Gebauer (FDP) persönlich verkündete, die juristischen Bedingungen hätten sich 2012 durch eine neue APO-SI geändert und der Erlass sei „obsolet“. Dies wurde der Schule dann noch einmal mit Schreiben vom 3. April 2019 mitgeteilt.

Im Ministerium wiegelte man Anfragen nach dem Hintergrund eines so schwerwiegenden Eingriffs in ein Schulkonzept zunächst ab – das habe alles nur juristische Gründe. Aber so einfach ließ sich die Schule ihr Konzept nicht kaputt machen. Der Verzicht auf die Fachleistungsdifferenzierung ist ein Beitrag zur Inklusion und zur Verbesserung der Bildungschancen für Kinder aus benachteiligten Familien. So stellte man sich die Frage, wieweit diese Anliegen der gegenwärtigen Landesregierung wichtig sind. Die Schulleitung informierte die schulischen Gremien mit einer ausführlichen Stellungnahme (sie ist auch die Grundlage des hier zitierten Schulkonferenzbeschlusses). Eltern, Schüler*innen und Lehrkräfte stellten sich einmütig hinter den Holweide-Erlass. Besonders aktiv sind die Eltern: Die Schulpflegschaft hat bereits einen Brief an Frau Gebauer geschrieben und bereitet weitere Maßnahmen vor. Politiker der Grünen, der Linken und der SPD haben Unterstützung zugesagt, ebenso die GGG NRW, die GEW Köln und viele Einzelpersonen.

Am 1.7. hat die Schulkonferenz einstimmig den folgenden Beschluss gefasst, den wir auszugsweise zitieren:

**Auszüge aus der
„Stellungnahme der Gesamtschule Köln-Holweide zur Absichtserklärung des MSB, den
»Holweide-Erlass« von 1984 aufheben zu wollen“**

Wir, die gesamte Schulgemeinde der Gesamtschule Köln-Holweide, sind in großer Sorge über Ihre Mitteilung, den Holweide-Erlass von 1984 aufheben zu wollen. Im Jahre 1975 wurde die Gesamtschule Köln-Holweide zunächst als zwölfzügige Gesamtschule gegründet. Heute ist unsere Schule als neunzügige Gesamtschule mit ca. 1870 Schüler*innen, davon über 200 Kinder mit diagnostiziertem Förderbedarf in allen Förderschwerpunkten, die größte Gesamtschule Nordrhein-Westfalens. Der Unterricht findet im sogenannten Team-Kleingruppen-Modell statt, eine Fachleistungsdifferenzierung beginnt in Mathematik erst im 9. Jahrgang und wird in den Fächern Deutsch, Chemie und Physik nicht vorgenommen. Diese prägenden Merkmale der pädagogischen Arbeit an unserer Schule wurden im sog. Holweide-Erlass festgeschrieben, um langfristige, vertrauensvolle Beziehungen zwischen allen beteiligten Menschen wachsen lassen zu können.

[...] Umfragen unter Schüler*innen und Eltern zeigen, dass sie mit der Schule in allen Belangen hoch zufrieden sind. Auch die geringe Fluktuation, zahlreiche Initiativbewerbungen und die große Zufriedenheit aller Kolleg*innen mit ihrem Arbeitsplatz belegen diese Aussagen.

[...] Durch die Aufhebung des Erlasses sehen wir die erfolgreiche, pädagogische Arbeit stark gefährdet.

[...] Der Holweide- Erlass regelt nicht die Frage der Fachleistungsdifferenzierung, sondern die partielle Aussetzung der Fachleistungsdifferenzierung in den Fächern Deutsch, Physik, Chemie bis zur Klasse 10 und in Mathematik bis Klasse 9. [...] beruht der Holweide/Höhenhaus-Erlass ähnlich wie die ebenfalls von der KMK genehmigte Konzeption der Gesamtschule Göttingen-Geismar auf der tiefen pädagogischen Überzeugung, dass Schüler*innen besser und erfolgreicher in einer Lerngruppe lernen, die nicht durch Formen der Fachleistungsdifferenzierung aufgeteilt wird. Dies geschieht im Übrigen störungsfrei und erfolgreich in allen übrigen Fächern der Stundentafel und damit in der überwiegenden Zahl der Naturwissenschaften, des Fremdsprachenunterrichts, sämtlicher Sozialwissenschaften und in den musischen und berufsvorbereitenden Fächern. Diese pädagogische Überzeugung entstammt zwar im Falle der genannten Schulen den 70er und 80er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts. Sie ist aber gerade heutzutage wieder unter dem Gesichtspunkt der Durchlässigkeit von Bildungswegen von großer Aktualität.

[...] Gerade dadurch, dass Schüler*innen lange in diesen Zusammenhängen lernen können, vermeiden wir soziale Diskriminierung und Formen von Stigmatisierung und ermöglichen es unseren Schüler*innen ihren je eigenen Bildungsweg ohne Angst vor Abstufungen zu verfolgen. Durch den Holweide-Erlass wird uns weiterhin die Möglichkeit gegeben, unseren Schüler*innen ohne Kurszuweisung ihre Schullaufbahn möglichst lange, offen zu gestalten, ohne dass Stigmatisierungseffekte eintreten.

[...] Die langjährige Erfahrung mit dieser Form des Unterrichts hat gezeigt, dass an unserer Schule die Zahl der Schulabbrecher*innen außerordentlich gering ist

[...] Dementsprechend führte auch die Einführung zentraler Prüfungen am Ende der 10 und beim Abitur zu keinen nennenswerten Veränderungen der Abschlussquoten. Uns wurde im Gegenteil immer

wieder sowohl von Eltern als auch von Ausbildungsbetrieben gespiegelt, dass unsere Einschätzungen der Leistungsfähigkeit unserer Schüler*innen als realistisch eingeschätzt werden und dass durch die enge Bindung der Schüler*innen an ihre Lehrer*innen gerade sozial, emotional labilere Schüler*innen massiv gestützt werden. Dies betrifft bei uns ausdrücklich Schüler*innen, die alle unterschiedlichen Bildungsabschlüsse erwerben.

[...] Explizite Zuweisung zu einer schwachen Leistungsgruppe fördert negative Selbstkonzepte in Bezug auf Leistung. Solange jede*r einzelne nicht weiß, was er oder sie nicht können kann, erbringen sie mitunter erstaunliche Leistungen, da sie sich immer daran orientieren werden, was sie vermeintlich können könnten.

[...] Im Koalitionsvertrag wird in Bezug auf die notwendigen Veränderungen im Bildungssystem davon gesprochen, „Kindern den Aufstieg unabhängig von der Herkunft der Eltern (zu) ermöglichen“ (Präambel, S. 1). Der Holweide-Erlass ermöglicht es uns über die Ausweitung des längeren gemeinsamen Lernens und den Verzicht auf die Fachleistungsdifferenzierung gerade diesen Aspekt besonders zu berücksichtigen. Eine Kurszuweisung in E- und G-Kursen zeichnet bereits deutlich den Weg zu den Abschlüssen vor. Was geschieht mit Kindern, denen bei einer Kurszuweisung bereits deutlich der Weg zu einem Abschluss vorgezeichnet wird? Ist eine Offenhaltung der Bildungsgänge bis zum Abschluss nicht deutlich bildungs- und damit chancengerechter?

[...] Es zeichnet unsere Schule aus, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder intensiv Konzepte der Unterrichtsentwicklung erprobt, kritisch geprüft und öffentlich diskutiert haben. Dies betrifft beispielsweise Konzepte der Gruppenpädagogik, der ausdrücklichen Einbindung von Schüler*innen mit einem Migrationshintergrund, des Gemeinsamen Unterrichts und der Inklusion, des kooperativen Lernens und - zuletzt - der inneren Differenzierung nach Ada Sasse. All diese Konzepte wurden innerhalb des Kollegiums intensiv und kontrovers diskutiert, sie wurden und werden einer Vielzahl von Besucher*innengruppen präsentiert und sie schlagen sich in einer Vielzahl von Fachveröffentlichungen nieder, die die Ernsthaftigkeit des Ringens um eine möglichst gute Schulbildung der uns anvertrauten Schüler*innen und gleichzeitig den Anspruch auf Transparenz verdeutlichen. [...] Eine Fachleistungsdifferenzierung auf der ausschließlichen Grundlage der APO SI von 2012 läuft diesem Bestreben innerhalb unserer Schule entgegen.

Wir möchten Sie eindringlich bitten, von der Absicht, den Holweide-Erlass als obsolet zu betrachten, Abstand zu nehmen und die geplante Beendigung der Erlassregelung zurückzunehmen. Wir hoffen, dass die oben aufgeführten Aspekte deutlich machen, dass eine Fortsetzung der besonderen Rahmenbedingungen an unserer Schule, die durch den sog. Holweide-Erlass derzeit legitimiert sind, zwingend notwendig erscheinen.

[...] Von der Schulpflegschaft, [...] der Schüler*innenverwaltung, [...] der Lehrer*innenkonferenz [...] und] der Schulkonferenz [...] einstimmig beschlossen und zur Veröffentlichung und zur Übersendung an das Ministerium für Schule und Bildung freigegeben.

[...]

Keine Kürzungen an der Universität zu Köln!

// Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW StV Köln



Weitere Infos & Unterschriftenliste gegen die Kürzungen siehe Blog des Bündnisses „Keine Kürzungen an der Uni Köln“: blog.uni-koeln.de/keinekuerzungen/

Geplanter Kahlschlag auf allen Ebenen

Der GEW Stadtverband Köln unterstützt die Forderungen des Bündnisses gegen die geplanten Kürzungen an der Universität zu Köln. Um ein strukturelles Haushaltsdefizit von rund 17 Mio. Euro auszugleichen, plant das Rektorat einen Kahlschlag auf allen Ebenen: Professuren sollen gestrichen, Stellen von Mitarbeiter*innen in Lehre und Verwaltung wegfallen, ganze Fachbereiche geschlossen sowie Studierendenzahlen drastisch reduziert werden. Diese Entwicklungen kritisiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft als unverantwortlich sowohl den Beschäftigten als auch den Studierenden gegenüber.

Verschärfung der ohnehin prekären Beschäftigungssituation an Hochschulen

Die Kürzungen betreffen hierbei hauptsächlich Beschäftigte in ohnehin prekären Arbeitsverhältnissen: Rund 90 % der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an deutschen Universitäten und Hochschulen handeln sich derzeit von einem befristeten Vertrag zum nächsten.

Hauptursache dieser bereits generell unbefriedigenden Beschäftigungssituation – so auch in Köln – ist deren Finanzierung: Statt einer ausreichenden und langfristigen öffentlichen Grundfinanzierung von Forschung und Lehre setzt die Bildungspolitik seit Jahren zunehmend auf befristete, häufig wettbewerbsförmig vergebene Mittel wie die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“, Exzellenzinitiativen und sonstige Drittmittel. Auf dieser Grundlage wird die Schaffung von sicheren, unbefristeten Stellen systematisch unterminiert. Durch die Einsparauflagen seitens des Rektorats der Universität zu Köln wird diese ohnehin schon angespannte Situation weiter verschärft.

Exzellenz – aber um welchen Preis?

Abgesehen davon, dass Exzellenzmittel bestenfalls befristete Arbeitsverhältnisse schaffen, sind mit solchen Leuchtturmprojekten zudem oft hohe Investitionskosten verbunden, welche unter anderem zu oben genannten strukturellen Haushaltsdefizit der Universität zu Köln geführt haben. Außerdem darf die Fokussierung auf Exzellenz in der Forschung nicht zulasten der Lehre gehen, vielmehr müssen Forschung und Lehre zu-

sammen gedacht werden. Weder die Umverteilung von Mitteln im Rahmen von Exzellenzinitiativen noch Sparauflagen dürfen auf Kosten ausbildungsintensiver Fachbereiche abgewickelt werden, wie dies beispielsweise im Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften geplant ist, der für die universitäre Lehrer*innenbildung zentral ist.

Drastische Reduktion der Studierendenzahlen

Da der massive Stellenabbau zu einer völligen Überlastung des verbleibenden Lehr- und Verwaltungspersonals führen würde, sieht das Rektorat eine drastische Reduktion der Studienplätze vor. Die Antwort auf ein unhaltbares Betreuungsverhältnis kann jedoch nicht sein, die Studierendenzahlen zu verringern, sondern die Universität zu Köln mit einer ausreichenden Grundfinanzierung auszustatten. Auch im Bereich der Erziehungs- und Sozialwissenschaften soll massiv eingespart sowie die Studierendenzahlen verringert werden, was angesichts des Lehrer*innenmangels einen Weg jenseits jeder Vernunft darstellt.

Forderungen nach solider Grundfinanzierung und transparentem Haushalt

Bildung ist ein universales Menschenrecht (siehe Art. 26 AEMR) und darf nicht zusammengekürzt werden. Der GEW Stadtverband Köln fordert daher das Rektorat der Universität zu Köln auf, den Stellenabbau zu stoppen, alle derzeit rund 50.000 Studienplätze zu erhalten und auszubauen sowie die Aufstellung des Haushaltes unter Beteiligung aller Fakultäten und Mitgliedergruppen transparent zu gestalten.

Zum Ausgleich des aktuellen Mitteldefizits fordern wir das Land NRW auf, Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung zu stellen. Weiterhin fordern wir eine ausreichende öffentliche Grundfinanzierung zur Schaffung von sicheren, unbefristeten Arbeitsverhältnissen und damit auch zur langfristigen Sicherung der Qualität von Forschung und Lehre sowie von Studienplätzen.

Von den Hochschulen erwarten wir, die im Hochschulpakt 2020 („Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“) unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel für die Entfristung von Arbeitsverhältnissen einzusetzen. Der GEW Stadtverband Köln unterstützt damit ausdrücklich die Forderungen des Bündnisses „Keine Kürzungen an der Uni Köln“.



LSBTI* Lehrkräfte beim Cologne Pride (Kölner CSD) 2019

// Bodo Busch, AK Homosexuelle Lehrkräfte



„50 years of pride. Viele. Gemeinsam. Stark!“ war das Motto des diesjährigen Cologne Pride. Die LSBTI* (lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter*) Lehrkräfte der GEW NRW beteiligten sich wie in den letzten Jahren zusammen mit der DGB/ver.di-Jugend im DGB-Block der Demo am 7.7.2019. Dieses Jahr wurden wir erstmals verstärkt durch Schüler*innen und Lehrkräfte von zwei „Schulen der Vielfalt“: dem Richard-Riemerschmid-Berufskolleg Köln und der Käthe-Kollwitz-Schule Leverkusen sowie dem Rainbow Club der Gesamtschule Holweide, die ebenfalls an anderer Stelle in der Parade mitliefen. Außerdem wurde der DGB-Block verstärkt durch zwei Fahnen-träger und einige weitere Kollegen der IGay BAU.

Wie in den vergangenen Jahren waren wir mit Ballons, Transparenten und T-Shirts als LSBTI* Lehrkräfte zu erkennen und verwiesen auf die Themenseite der GEW NRW unter www.lsbti.de. Wir verteilten auch wieder Aufkleber („Cool, mein Lehrer ist schwul!“ und „Wow, meine Lehrerin liebt 'ne Frau!“) und Handzettel mit ausgewählten Studienergebnissen, um auf die Situation



von LSBTI* Lernenden und Lehrenden aufmerksam zu machen: Obwohl es statistisch in 3 von 4 Klassen und fast jedem Kollegium LSBTI* Personen gibt, verbirgt ein großer Teil davon seine Identität aus Furcht vor Diskriminierung.

Deshalb liegt die GEW NRW mit ihrem Leitantrag gegen Diskriminierung „Vielfalt bereichert“ richtig: Es gibt noch viel zu tun! Wir werden auch am 14.9. beim CSD in Dortmund demonstrieren, und in Köln am 16.9. mit Dr. Birgit Palzkill über „eine Schule für alle Geschlechter“ sprechen. Wer mit demonstrieren oder diskutieren will, ist herzlich willkommen

Sa., 14.9.2019: LSBTI* Lehrkräfte bei der CSD Demo Dortmund

Wer mit demonstrieren möchte, melde sich wegen Ort, Zeit und Organisation an: bodo.busch@netcologne.de

„Eine Schule für alle Geschlechter“

Während es früher klar zu sein schien, dass es nur Männer und Frauen bzw. Jungen und Mädchen gibt, ändern sich die Vorstellungen von Geschlecht momentan gravierend. So ist im Geburtenregister seit 2018 neben „männlich“ oder „weiblich“ der Eintrag einer dritten Geschlechtsoption „divers“ möglich. In jeder Klasse gibt es Schüler*innen, die lesbisch/schwul/bi/transsexuell/intergeschlechtlich (lsbti*) sind, und auch für alle anderen ist die Auseinandersetzung darüber, inwiefern sie „richtige“ Mädchen/Jungen sind, ein bedeutendes Thema.

Schule hat die Aufgabe, Schüler*innen bei diesen Auseinandersetzungen zu stützen, Diskriminierungen zu unterbinden und allen eine umfassende Entwicklung zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere für trans* und intergeschlechtliche Schüler*innen. Die meisten dieser Schüler*innen trauen sich gar nicht, sich in der (Schul-) Öffentlichkeit zu outen, und falls sie es doch tun, ist oftmals die Verwirrung groß. Es geht um Anreden und Dokumente, Klassenfahrten, Toiletten und Umkleiden. Was können Lehrkräfte tun, um eine Schule der Vielfalt zu entwickeln, die allen Schüler*innen unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung gerecht wird und insbesondere auch trans* und intergeschlechtliche Schüler*innen unterstützt?

Dr. Birgit Palzkill war Lehrerin für Sport und Mathematik und forscht seit mehr als 30 Jahren zu Geschlechterfragen. Sie berät das Kompetenzteam „Gender und Diversity“ der Bezirksregierung Köln. Im Oktober 2019 erscheint im Cornelsen-Verlag das Buch „Diversität, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Schule und Unterricht“, das sie zusammen mit Frank Pohl und Heidi Scheffel geschrieben hat.

Um eine kurze Anmeldung für unsere Planung wird gebeten (kontakt@gew-koeln.de).

Die Veranstaltenden freuen sich über ehrliches Interesse und konstruktive Diskussionen, behalten sich aber im Interesse einer konstruktiven Diskussion vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die stören, rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische, homo-/transphobe oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser Veranstaltung auszuschließen.

Vortrag und Diskussion mit Dr. Birgit Palzkill:

„Eine Schule für alle Geschlechter“

Montag, 16.9.2019 um 18 Uhr

DGB-Haus Köln,
Hans-Böckler-Platz 1, großer Saal (1. OG)

Muttersprachen in der Schule

Mit jedem neuen Schuljahr stellt sich wieder vielen Eltern und Schüler*innen die Frage der Sprachen-Wahl. Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) misst der „Förderung sprachlicher und kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit“ derart große Bedeutung bei, dass sie sogar einen besonderen Gedenktag dafür ausgelobt hat. // **Silvia Treder, für den Arbeitskreis LEMK der GEW Köln**

So wird alljährlich am 21. Februar der „Internationale Tag der Muttersprache“ begangen, den der Kölner GEW-Arbeitskreis „Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrantenkinder(n)“ (LEMK) Anfang dieses Jahres zum Anlass nahm, um sich noch einmal grundsätzlich über die Mehrsprachigkeit als „Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis und Respekt“, wie die UNESCO es definiert, auszutauschen.

Stellenwert der Muttersprachen in den Schulen

Die GEW kämpft seit Jahrzehnten für das Erlernen der Muttersprache und hat wesentlich zum Stellenwert der Muttersprachen in Nordrhein-Westfalen beigetragen, sodass heute in unserem Bundesland über 19 Muttersprachen obligatorisch in den Schulen (von Grundschule bis Gymnasium) sowohl im Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) vermittelt, als auch anstelle einer zweiten oder dritten Fremdsprache (Türkisch und Russisch) sogar bis zum Abitur geführt werden.

Die GEW hat auf ihren Bildungskongressen durchgehend das Thema Muttersprache als eine der wesentlichen Bildungsaspekte thematisiert und die Schulbehörden zu Schritten für Verbesserungen für die HSU-Lehrkräfte und bei den Rahmenbedingungen für den Herkunftssprachlichen Unterricht aufgefordert.

Englischunterricht in der Grundschule ersetzen?

Seit geraumer Zeit wird in der Öffentlichkeit heftig über einen Vorstoß von Tayfun Keltek, dem Vorsitzenden des Landesintegrationsrats in NRW, debattiert, wonach in den Grundschulen Englisch durch Türkisch (bzw. Russisch) ersetzt werden soll. Die Lehrerverbände, auch die GEW, sind mit diesem Vorstoß nicht einverstanden. Doch wir weisen auch die populistische und von rechts kommende Kritik sowie die persönlichen Angriffe gegen Tayfun Keltek zurück.

Auch der Arbeitskreis LEMK des Stadtverbands Köln hält nichts von diesem Vorstoß. Denn er führt eher in die Richtung der Desintegration und Exklusion und würde zumindest teilweise zur Trennung des Klassenverbandes beitragen. Das Ziel ist nicht, Herkunftssprachen gegeneinander auszuspielen, sondern die Herkunftssprachen als eine Bereicherung und Erfolgsbedingung für mehr Bildungsgerechtigkeit anzuerkennen. Wir freuen uns daher, dass dieser Vorstoß im Land keine großen Sympathien gefunden hat: Vom Bildungsministerium bis zu den Lehrerverbänden lehnen alle diesen Ansatz ab.

Förderung der Muttersprachen

Die GEW will keine Absonderung bzw. Abschottung der Migrantenkinder! Wir fordern die Landesregierung auf, die Chancen für gemeinsamen Unterricht an allen Schulen zu

fördern. Von daher soll es ermöglicht werden, dass

die Muttersprachen in den weiterführenden Schulen als zweite bzw. dritte Fremdsprache für alle Schüler*innen zugänglich gemacht werden.

die Lehramtstudierenden die Möglichkeit haben, eine der Muttersprachen zu lernen, indem sie sich Grundkenntnisse über die jeweilige Sprachgruppe aneignen und dies als Zusatzfach anerkannt wird.

Herkunftssprachlicher Unterricht für möglichst alle Herkunftssprachen, die in NRW gesprochen werden, ermöglicht wird.

staatlich geförderte und unabhängige Unterrichtsmaterialien für diese Muttersprachen entwickelt werden, sodass die Einflussnahme durch die Herkunftsländer beschränkt wird.

die Inhalte des Herkunftssprachlichen Unterrichts auf eine demokratische und friedliche Erziehung abzielen, die die Gleichberechtigung von Geschlechtern fördern und sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung wenden.

Anlässlich des „Internationalen Tages der Muttersprache“ werden alle zuständigen Kreise dazu aufgerufen, ihre Kräfte zu bündeln und für eine bessere Bildung einzutreten!

Beratungstunde für geflüchtete Lehrkräfte

Der Arbeitskreis Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrantenkinder(n) (LEMK) hilft und berät geflüchtete Lehrkräfte seit 2016. Aus einer gemeinsamen Planung ist das Projekt der Universität Köln „Sprachkurs und Arbeitsvorbereitung für geflüchtete Lehrkräfte“ entstanden.

Der AK LEMK ist weiterhin mit der Gruppe der geflüchteten Lehrkräfte in Kontakt, lädt sie zu den Sitzungen ein und berät sie in persönlichen Gesprächen. Für Lehrkräfte, die an dem Projekt teilnehmen, ergeben sich neue berufliche Perspektiven an Schulen, gerade angesichts des aktuellen Lehrermangels.

Nach Absprache bieten wir folgende Unterstützung an:

- Beratung bei Bewerbung und Bewerbungsmappe
- Erstellung und Formulierung eines Lebenslaufs
- Netzwerke knüpfen in der GEW
- Unterstützung beim Deutschlernen im Tandem

Wir freuen uns über ehrenamtliche Unterstützer*innen!

Bei Fragen kontaktieren Sie uns:
ak-lemk@gew-koeln.de

Die GEW Köln hat eine neue Geschäftsführerin

In diesem Sommer übernimmt Eva-Maria Zimmermann die Leitung unserer Kölner GEW-Geschäftsstelle. Die Einarbeitung durch unsere sehr geschätzte bisherige Geschäftsführerin, Angela Bankert, läuft bereits seit einigen Wochen. An dieser Stelle möchte die neue Kollegin sich euch kurz vorstellen. // **Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln**

Ich bin 37 Jahre alt, ledig und habe Mathematik (Diplom) und Klavierpädagogik studiert.

„Gemeinsam sind wir stark“ – das ist für mich nicht bloß eine nette Floskel, sondern eine tiefgreifende Erfahrung, die ich als Sprecherin unseres Arbeitskampfes an der „Rheinischen Musikschule“ (RMS) Köln machen durfte. Aufgrund jahrzehntelanger Mangelverwaltung seitens der Stadt waren 67,5% aller Dozent*innen als Honorarkraft beschäftigt mit allen Unsicherheiten, die ein schlecht bezahltes, freiberufliches Arbeitsverhältnis mit sich bringt.

Durch unseren engagierten Arbeitskampf zusammen mit der GEW und ver.di konnten wir 19 neue TVöD-Stellen erstreiten sowie eine Honorarerhöhung um 40% für die im Honorarverhältnis verbleibenden Lehrkräfte durchsetzen.

Erfahrungen in ver.di-Gremien gesammelt

Als stellvertretende Landesvorsitzende der ver.di-Landesbezirksfachgruppe „Musik NRW“ habe ich an einem Entwurf für ein Landesmusikschulgesetz mitgewirkt und mehrere Musikschulen in NRW in ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen unterstützt. Zudem war ich für ver.di im Fachausschuss Bildung des „Deutschen Kulturrates“ tätig.

Erfahrungen im Bildungsbereich habe ich u.a. als Kooperationskordinatorin eines Projekts der RMS Köln mit einer Gesamtschule, als Mathematiklehrerin an einer „Realschule Plus“ und dem Köln-Kolleg sowie durch meine Unterrichtstätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft und Lehrbeauftragte an Hochschulen.

Gegen den Prekarisierungs-Trend

Da mich die zunehmende Anzahl unsicherer und unterbezahlter Arbeitsverhältnisse politisiert hat, ich fehlende Wertschätzung gegenüber Beschäftigten nicht länger hinnehmen kann und in unserem eigenen Arbeitskampf gesehen habe, wie viel man erreichen kann, wenn man hartnäckig kämpft, ist in mir der entschlossene Wunsch gereift, hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten und somit all die so wichtigen ehrenamtlichen Kämpfe tatkräftig zu unterstützen.

Für uns als Bildungsgewerkschaft gibt es hierbei mehr als genug zu tun: Angefangen bei der Zweiklassengesellschaft von angestellten und beamteten Lehrer*innen über die unzähligen Überstunden, die die Lehrkräfte an den Rande des Burnouts führen, von der Notwendigkeit der Qualitätssicherung und sinnvollen Betreuungsschlüsseln an KiTas über den Kampf um Tarifverträge im OGS-Bereich bis hin zur Problematik prekärer Beschäftigung an Hochschulen oder im Weiterbildungssektor – in all diesen Bereichen ist es unsere Aufgabe, für die Qualitätssicherung von Bildung einzustehen und eine Aufwertung der Bildungsberufe zu erstreiten.

Über den Tellerrand

Sehr gut finde ich, dass sich die GEW auch gesellschaftspolitisch als aktive Kraft in die Kölner Stadtgesellschaft einbringt, ob als Unterstützerin von Bewegungen wie „Fridays for Future“ oder der „Seebücke“, ob in Bündnissen für mehr Gesamtschulen oder bei antirasistischen Aktionen.



In Zeiten zunehmender Entsolidarisierung der Gesellschaft und Vereinzelung von Beschäftigten erwächst die große Stärke der Gewerkschaften aus der Kraft der Solidarität und des Zusammenhalts ihrer Mitglieder. Die Mitglieder sind die Gewerkschaft, jede*r Einzelne*in von euch ist wichtig und trägt zu unserer Kampfkraft bei. Um die Rolle der GEW zu stärken, müssen wir also darauf setzen, mehr Beschäftigte zu organisieren und zu aktivieren.

Let's organize!

Im Rahmen meines gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Engagements habe ich viel Erfahrung im „Organizing“ sammeln können. Diese Methode der Selbstermächtigung verfolgt das Ziel, Menschen zu ermutigen für ihre Anliegen zu kämpfen und in ihre Selbstwirksamkeit zu führen. „Organizing“ ist somit das Gegenteil von Stellvertreterpolitik und ein lebendiger, kraftvoller Ansatz, der uns als Gewerkschaft helfen kann, neue Bildungsbereiche zu erschließen, bereits existierende Verankerungen auszubauen und letztendlich Demokratie und Solidarität zu stärken.

Da gerade die jüngeren Generationen Gewerkschaft leider immer weniger „auf dem Schirm“ haben, diese aber unsere Zukunft darstellen, ist es mir ein großes Anliegen, in allen Bereichen eine kreative Nachwuchsoffensive zu starten.

Zusammen mit dem Team des Stadtverbands Köln der GEW und euch allen möchte ich mit all meiner Motivation, Energie und Freude für bessere Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsverhältnisse, gute Tarifabschlüsse sowie gute Bildung für alle kämpfen. Es gibt viel zu tun – packen wir es an!



Viel Schatten – wenig Licht

Die GEW NRW hat ein neues Führungsteam! Noch einmal nachträgliche Glückwünsche an Maike Finnern als neue Vorsitzende und an die Stellvertretungen Sebastian Krebs und Ayla Celik, wobei wir uns über Aylas Super-Ergebnis, das sie nach einer fulminanten Rede einfuhr, besonders freuen: Ist doch nach vielen Jahren erstmals wieder jemand aus dem Stadtverband Köln in der Führungsspitze der GEW NRW vertreten. // **Angela Bankert, scheidende Geschäftsführerin der GEW Köln**

Das neue Führungsteam hat erfreulicherweise auch gleich eine Befragung der Delegierten durchgeführt, wie sie den Gewerkschaftstag fanden (diese lief zwar mit nur einer Woche äußerst kurz, war aber anscheinend trotzdem aufschlussreich). Letztlich beklagten alle Delegierten dasselbe: Viel zu wenig Zeit für den Austausch untereinander, für Diskussion und Antragsberatung – viel Zeitverschwendung für Unnötiges, das Ganze sehr Top-Down. Das war auch mein Eindruck.

Bei einem Kongress von zweieinhalb Tagen fühlte man sich zwei Tage lang überwiegend als Zuschauerin und Claqueurin: für Vorstellungsreden von Kandidat*innen ohne Gegenkandidaturen, Grußworte, Staatssekretär-Ansprache, Roundtable-Gespräche...

Das Motto des Gewerkschaftstags „Vielfalt bereichert“ schien keins zu einem aktuellen Arbeitsschwerpunkt der GEW NRW gewesen zu sein; entsprechend dünn war hier die Antragslage. Dazu gab es dann das Roundtable-Gespräch, das zwei Stunden vor sich hin plätscherte und als Format eher zu GEWaktivt gepasst hätte.

Wenig Zeit für Beratung und Debatte

Als es endlich zur Antragsberatung kam – das war so richtig erst am Abend des zweiten Tages der Fall, als alle schon ziemlich erschöpft waren –, war nicht transparent, welche Antragsblöcke in welcher Reihenfolge behandelt werden und wer dies festlegte. Oder es wurden plötzlich Last-Minute-Anträge des Landesvorstands vorgelegt. Der Einstieg zu einem Antrag ist dann oft das Einbringen von Änderungsanträgen, die zum Teil eher redaktioneller Art sind, so dass manche Antragsberatungen im Klein-Klein versickerten.

Hier würde es Sinn machen, wenn vorab über den Hauptschwerpunkt des Gewerkschaftstags beraten wird (z.B. in einer Untergliederungsversammlung) und sich dieser dann auch im Motto und bei der Einladung eine*r Hauptreferent*in niederschlägt. Auch die weiteren Themenblöcke und ihre Reihenfolge könnten vorab in der Untergliederungsversammlung (UGV) beraten und die Reihen-

folge festgelegt werden, dann kann auch der Landesvorstand Leiteträge frühzeitig erstellen. Denn: Auch der LaVo muss dringend eine Antragsfrist bekommen.

Sinnvoll zu Beginn eines jeden Themenblocks kann auch eine Generaldebatte (mit zeitlicher Begrenzung) sein, damit man im Zusammenhang und politisch diskutieren kann, und nicht gleich mit ins Detail gehenden Änderungsanträgen die Debatte zerfasert. Nach einer solchen Generaldebatte reicht es für Einzelanträge in der Regel, wenn nach der Einbringung nur noch je eine Für- und Gegen-Rede vor der Abstimmung erfolgt.

Orientierung oder Einflussnahme?

Die Rolle der Antragsberatungskommission (ABK) wäre zu überdenken, die neben der sehr arbeitsaufwändigen und sehr nützlichen Aufgabe der Strukturierung der Anträge zu den Anträgen auch Empfehlungen abgibt, über die zuerst abgestimmt wird. Wenn also die ABK einen Antrag ablehnt, dem der Gewerkschaftstag jedoch zustimmen will, dann muss er erst mit „Nein“ stimmen, um die ablehnende Empfehlung der ABK quasi „zurückzuholen“, um dann noch einmal mit „Ja“ abstimmen zu können. Solche doppelten Abstimmungen führen natürlich auch zur Verwirrung und sind vollkommen unnötig.

Die vordemokratische Prozedur der Abstimmungs-Empfehlungen hat der Stadtverband Köln schon mehrfach beanstandet und wird dies auch beim nächsten Gewerkschaftstag tun. Man sollte doch davon ausgehen, dass die Delegierten einen eigenen Kopf haben und keine Vorgaben brauchen, wie sie abstimmen sollen.

Der GEW-Stadtverband Köln und die GEW im Bezirk Köln haben sich ausführlich mit der „Nachlese“ des Gewerkschaftstags befasst und eine Reihe von Änderungsvorschlägen erarbeitet, die an den Landes-GA gegangen sind. Es werden auch Anträge zur Wahl- und Geschäftsordnung zum nächsten kleinen Gewerkschaftstag vorbereitet.

„Das Leben ist kein Ponyhof“ ...

... so steht es als nicht mehr ganz taufrisches Murales von Schüler*innen graffitiert in unserem Oberstufentrakt. Wahrlich ist das Dasein dies nicht, schon einmal gar nicht für Sek II-Korrekturfachlehrer*innen (wobei ich euch andere Bildungsschaffende natürlich nicht herabstufen möchte!). Und dann war da noch meine Teilnahme am Gewerkschaftstag unseres Landesverbandes ... // **Christina Krautwurst, Mitglied des AK Angestellte Lehrkräfte**

So trieb es mich im Juni, ausgelaugt von anstrengenden Abiturprüfungen, zum Relaxieren in eine bekannte, große, zentral gelegene Buchhandlung in Köln. Während ich mich schlendernd durch die Advertiser-Regale bewegte, erspähte ich bei den Neuerscheinungen ein Buch: „Alte weiße Männer“ von Sophie Paßmann; und den Klappentext lesend, welcher die Titelgeber als mächtige Influencer definiert, erschienen vor meinem inneren Auge, wie duftlimbisch aktiviert, Bilder des Gewerkschaftstages.

Man muss dazu sagen, dass dieser Gewerkschaftstag 2019 mein erster gewesen ist und von daher möge man mir verzeihen, dass eventuelle gewerkschaftliche Selbstverständlichkeiten für mich nicht selbstverständlich sind.

Willkommen?

Erster atmosphärischer Eindruck: Schon bevor es losgeht, werden Plätze im Plenum verteidigt und freigehalten für irgendwann eventuell nachkommende „Ehrenpersonen“ – nicht einfach, als Neue sich überhaupt willkommen zu fühlen. Plakate von Delegierten werden abgehängt – Zensur? Das Präsidium tritt narzisstisch-rüde, selbstgefällig und arrogant auf; dasselbe gilt für gewisse, sich allmächtig fühlende Mitglieder der Antragskommission.

Vor allem gegen Ende der Tagung führt die Abstimmung über Zustimmung oder Ablehnung zu der Empfehlung der Antragskommission, proportional zum Erschöpfungsgrad der mit der ständig ausfallenden Technik kämpfenden Delegierten, zur Maximalverwirrung im Plenum und damit zu einem sicherlich falschen Abstimmungsbild. – Sollte der letzte Satz verwirren, so mit voller Absicht!

Sophie Paßmann schreibt in ihrem o.g. Buch, dass die „alten, weißen Männer“ auf kulturellen, politischen und finanziellen Ebenen Einfluss ausüben und auf gar keinen Fall Macht verlieren wollen. Sie wollen keine gerechte, sondern eine bequeme Gesellschaft. Obgleich die „alten, weißen Männer“ auf dem Gewerkschaftstag nur teilweise „alt“, „weiß“ oder „Männer“ sind, kommen mir als Tarifbeschäftigte unweigerlich die erwähnten Aspekte bei vielen gewerkschaftlichen (Landes-)Funktionsträger*innen als vorhanden vor.

Potential

Wieviel könnte man gewinnen, wenn Eitelkeit und Zaghaftigkeit nicht im Wege ständen, sondern Klugheit, Verve und Scharfsinn, angewandt bei gewerkschaftlichen Forderungen, expressiv ausgedrückt gegenüber den eingeladenen Politiker*innen?

Mir stellte sich im Laufe der drei Tage die Frage, ob wir die Strukturen zur Aufrechterhaltung derselben bedienen oder die Strukturen für uns da sind. Warum wird die „Schwarmintelligenz“ von 400 Delegierten nicht genutzt, Bildung effektiv in ihrer annoncierten Vielfalt weiterzudenken und zu entwickeln? Dies ist möglich, indem Gelegenheiten des überregionalen, themenbezogenen Austausches gegeben werden, auch für neue Delegierte; eine Antragsdiskussion bzw. -aussprache stattfindet und nicht ein ganzer Tag zur Selbstdarstellung von Kandidat*innen geopfert wird, wo keine Gegenkandidatur vorhanden ist.

Bei auf Mikroebene stattgefundenener Ansprache von fremden Delegierten meinerseits, in diesem Falle tarifpolitisch bezogen, erwiesen sich alle Personen aufgeschlossen, diskussionsbereit und konstruktiv. Wie schade, dass dies nicht ausgebaut und weiter vernetzt werden konnte – oder ist es vielleicht auch gar nicht erwünscht? Sonst wäre mit Sicherheit das Abendprogramm auch optional anders gestaltet worden.

Was bewegen!

Würde ich also zu künftigen Gewerkschaftstagen wieder fahren? Natürlich ja, wenn mir wieder das Vertrauen meiner Stadtgruppe zukommen würde, für dasselbige ich mich an dieser Stelle sehr bedanke. Danke Euch! Und weil ich darauf vertraue, dass wir etwas bewegen können, wenn wir zusammenstehen!

Apropos: Ponys habe ich noch nie sehr gemocht. Sehr viel lieber sind mir die Ziegen mit ihrem sehr ausdrucksklaren, kommunikativen Gemecker innerhalb ihres starken Sozialverbandes. Wen sollte es also wundern, dass die bekannteste Ziege „Hennes“ im KÖLNER Zoo wohnt?

„Dann klettern wir selber“



Am letzten großen Gewerkschaftstag der GEW NRW nahm ich zum ersten Mal als Delegierter teil. Und gleich vorweg: Die vielen Gespräche, die ich auf dem Gewerkschaftstag geführt habe, und die vielen Beiträge von unseren Kolleg*Innen haben mir gezeigt, dass ich in einer kämpferischen und solidarischen Gewerkschaft Mitglied bin. // **Julian Gürkner, Mitglied des AK Angestellte**

Ich bin Tarifangestellter, und daher war der Gewerkschaftstag für mich auch ein Ort der Rückschau auf den Tarifkampf vom Anfang des Jahres, mit dessen Ergebnis ich, wie viele andere auch, nicht zufrieden war. In diesem Zusammenhang waren es drei Aussagen, die mich zusammenzucken ließen, weil sie meinem Verständnis von Gewerkschaft stark widersprechen.

Aussage Nr. 1: „Die Kritiker des Tarifergebnisses wollen die Kolleg*innen doch nur mit hohen Forderungen auf die Bäume treiben, und dann kriegen sie sie da nicht wieder runter, wenn diese Forderungen nicht durchgesetzt werden“

Diese Aussage ist nicht nur eine abgedroschene Phrase, sondern sie gibt Zeugnis von einer Auffassung von Gewerkschaft, die ich nicht vertrete. Aus meiner Sicht geht es in keiner Gewerkschaft darum, dass irgendjemand eine Masse von Mitglieder auf die Straße treibt – egal für welche Forderungen. Die Mitglieder sind aus meiner Sicht nicht einfach eine Herde von schwer zu kontrollierenden und verführbaren Hammeln. Die Mitglieder können und wollen für sich selber sprechen und handeln. Sie wollen ihre eigenen Forderungen aufstellen und sich für deren Durchsetzung einbringen.

Aussage Nr. 2: „Wenn es um die Aufstellung der Forderungen geht, ist Tarifpolitik nur begrenzt demokratisch. Wo die Leute sich einbringen sollen und können, ist beim Streik.“

Auch hier zeigt sich ein verqueres Demokratieverständnis. Die Mitglieder sollen nicht an der Aufstellung der Forderungen beteiligt werden, aber trotzdem auf der Straße für deren Durchsetzung kämpfen. Wenn ein Tarifkampf auf der Grundlage dieses Gedankengerüsts organisiert wird, darf man sich nicht über mangelnde Teilnahme am Streik wundern.

Aussage Nr. 3: „Tarifforderungen sind kein Wunschkonzert, sondern stellen sich zusammen aus Inflationsrate, Produktionszuwachs und Umverteilungskomponente.“

Aus dieser oft zitierten Formel wird ersichtlich, dass der Prozess der Aufstellung der Forderungen dem Zugang der Kolleg*innen entrückt wird. Es scheint geradezu, als wäre mit der Formel jegliche Diskussion überflüssig und die Aufstellung der Forderungen wird objektiv, neutral, beinahe mathematisch. Was objektiv ist, interessiert die Arbeitgeber aber leider herzlich wenig. Sie verhandeln auch diese Forderungen und drücken sie, soweit es geht, weil sie sparen wollen. Die Taktik, vermeintlich ‚realistische‘ Forderungen aufzustellen, ist also nicht besonders zielführend. Was aus meiner Sicht allerdings zielführend wäre, wäre wenn wir als Kolleg*innen für unsere eigenen Forderungen und Beschlüsse auf die Straße gehen. Forderungen und Beschlüsse, von denen wir glauben, dass es sich lohnt, dafür so lange zu kämpfen, bis wir ein Ergebnis haben, mit dem WIR zufrieden sind. So bauen wir unsere Gewerkschaft auf und stärken unsere Kampfkraft. Dann wird auch niemand auf die Bäume getrieben. Denn dann klettern wir selber. Und keiner muss uns eine Leiter bringen. Wir werden selber wieder runterklettern, wenn wir denken, es sei an der Zeit!



in-gl.de/wp-content/uploads/2019/06/Mitteilungsvorlage-Inklusion.pdf

(QR-Code mit der Kamera des Smartphone scannen)



in-gl.de/2019/06/27/inklusion-ohne-raeume-und-personal-chaos-in-den-schulen/

Inklusion ohne Räume und Personal – Schulen in Bergisch Gladbach im Chaos

Liebe Kolleginnen und Kollegen

im neuen Schuljahr startet die Neuausrichtung der Inklusion an den Schulen in NRW, was zur Folge hat, dass in Bergisch Gladbach auf Anordnung der Bezirksregierung und ohne Zustimmung der Stadt/des Schulträgers zukünftig sieben Schulen „Schulen des Gemeinsamen Lernens“ werden. (siehe 1.)

Damit verbunden ist, dass pro Klasse nun 3 Schüler*innen mit Förderbedarf aufgenommen werden müssen, die Klassengröße rein rechnerisch auf 25 reduziert werden soll und pro Klasse ein Mehrbedarfzuschlag und eine halbe Stelle sonderpädagogische Förderung zur Verfügung steht.

So kann Inklusion definitiv nicht funktionieren ...

Die GEW erreichen schon jetzt zahlreiche Rückmeldungen, dass die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen sehr stark belastet sind und ihre Gesundheit gefährdet sehen. Es ist davon auszugehen, dass die Belastung sogar noch steigen wird. Denn Sonderpädagog*innen sind derzeit kaum auf dem Arbeitsmarkt vorhanden, sodass die halbe zusätzliche in jeder Klasse zu besetzende Stelle leer läuft.

Ebenso sieht die GEW die baulichen Voraussetzungen an unseren Schulen - im Gegensatz zur Bezirksregierung Köln - nicht oder nur unzureichend erfüllt, um Kinder inklusiv unterrichten zu können. Selbstverständlich gehören dazu Räume, die den Vorgaben der aktuellen Arbeitsstätten-Verordnung (ArbStVO) für Bildungseinrichtungen entsprechen. Hier sind auch die gesetzlich vorgeschriebenen Standards der Raumakustik im Schulbau einzuhalten. Weitere Themen sind Aus- und Umbau der sanitären Anlagen, notwendige funktionierende Aufzüge bei körperlichen und motorischen Beeinträchtigungen und vor allem eine ausreichende Zahl an Differenzierungsräumen.

Das Problem ...

Um Schwerpunktschule zu werden ist rechtliche Voraussetzung, dass sowohl die personellen als auch die sächlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Leider gibt es für die sächlichen Voraussetzungen aber keinerlei Kriterien, an denen man sich orientieren kann. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach und die Bezirksregierung Köln haben konträre Positionen hierzu. (siehe 2.)

Wie können wir gemeinsam handeln?

Inklusion unter diesen Bedingungen ist für alle Beteiligten eine sehr belastende Herausforderung. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns in einem ersten Schritt alle gemeinsam austauschen, wo die konkreten Probleme an unseren Schulen liegen und welche gemeinsamen Aktionen daraus folgen können (z. B. Überlastungsanzeigen, Liste von Aufgaben, die zukünftig wegfallen können etc.).

Deshalb laden wir als GEW Rhein-Berg am 3.9. um 17 Uhr ins Rathaus in Bensberg ein (siehe Terminankündigung).

Für den geschäftsführenden Vorstand
Angela Blömer, E-Mail: angela.bloemer@gew-nrw.de

Kreisverband Rhein-Berg: Veranstaltungsübersicht 2. Halbjahr 2019

Inklusion auf dem Flur!

Wir laden ein zu einem Austausch und konkreten Vorschlägen. Was bedeutet Inklusion konkret, räumlich wie personell? Können wir wirklich – wie von der Bezirksregierung vorgeschlagen – auf dem Flur unterrichten?

Dienstag, 03.09.2019 um 17 Uhr im Ratssaal Bensberg

Als Gäste sind geladen: Bernd Martmann (Co-Dezernent der Stadt Bergisch Gladbach), Experten zum Thema Inklusion und weitere
Moderation: Nikolaus Kleine

Die Veranstaltung ist kostenlos.

Rettungsfähigkeit

Nach dem einmaligen Erwerb der Rettungsfähigkeit muss diese spätestens nach 4 Jahren durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Auffrischungsveranstaltung erneut nachgewiesen werden („Auffrischung der Rettungsfähigkeit“), wenn Schwimmunterricht erteilt werden soll oder andere Veranstaltungen aus dem Bereich „Bewegen im Wasser“ durchgeführt werden sollen. Dies gilt für alle unterrichtlichen wie außerunterrichtlichen Veranstaltungen einschließlich Klassenfahrten und Ganztagsangeboten und betrifft somit alle verantwortlichen Lehrkräfte.

**Samstag, 21.09.2019 von 9 Uhr bis 15 Uhr in Bergisch Gladbach
Referent/en des DLRG**

Anmeldung an KV Rhein-Berg: angela.bloemer@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 14.09.2019

Begrenzte Teilnehmerzahl! Eine Anmeldung ist aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl zwingend erforderlich! Nach der Anmeldung verschicken wir alle wichtigen Informationen.
Für GEW-Mitglieder, LAA und Studierende 30 Euro, Nicht-Mitglieder zahlen 60 Euro.

Lehrerräte machen sich Fit!

Basisqualifizierung für Lehrerräte

**Dienstag 08.10.2019 von 9 Uhr bis 16.30 Uhr
in Bergisch Gladbach**

Anmeldung an: svenja.tafel@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 01.10.2019

Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich! Nach der Anmeldung verschicken wir alle wichtigen Informationen.

Fit für die Gleichstellung

Fortbildung für Ansprechpartnerinnen für die Gleichstellung an Schulen

**Donnerstag, 10.10.2019 von 9 Uhr bis 16.30 Uhr
in Bergisch Gladbach**

Anmeldungen an KV Rhein-Berg: angela.bloemer@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 01.10.2019

Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich! Nach der Anmeldung verschicken wir alle wichtigen Informationen. Die Fortbildung ist kostenlos.

Präsenz im Klassenzimmer

Durch einen präsenten und lebendigen Körperausdruck können Unterrichtsprozesse wesentlich beeinflusst werden. In diesem Workshop reflektieren Sie Ihr körpersprachliches Auftreten und Ihr Verhalten im Unterricht. Sie erhalten Anregungen und Impulse wie Sie im Unterricht nonverbal Präsenz zeigen und die Aufmerksamkeit Ihrer Schüler und Schülerinnen gewinnen und behalten können.

Donnerstag, 31.10.2019 von 17 Uhr bis 19 Uhr

KGS Bensberg, Eichelstr. 9-11, 51429 Bergisch Gladbach
Referentin: Claudia Timpner

(Theaterpädagogin/Kommunikationstrainerin)

Anmeldung an KV Rhein-Berg: angela.bloemer@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 24.10.2019

Für GEW-Mitglieder, LAA und Studierende kostenlos, Nicht-Mitglieder zahlen 5 Euro.

Schulbegleiter, das unbekannte Wesen

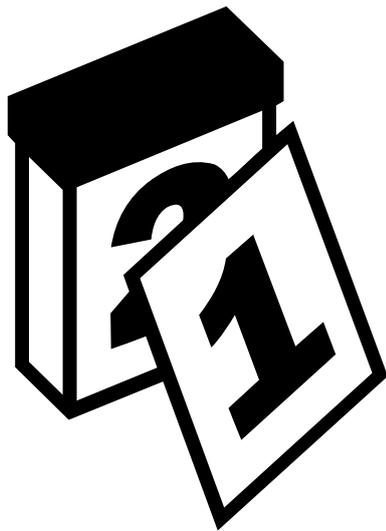
Ein Erfahrungsaustausch und erste Konzepte. Hierzu eingeladen sind Schulbegleiter*innen, Lehrer*innen und Sonderpädagog*innen.

Donnerstag, 21.11.2019 um 17 Uhr

KGS Bensberg, Eichelstr. 9-11, 51429 Bergisch Gladbach
Moderation: Mirko Komenda

Anmeldung an KV Rhein-Berg: angela.bloemer@gew-nrw.de
Anmeldeschluss: 14.11.2019

Die Veranstaltung ist kostenlos.



„Halbzeitbilanz – Meinungen von GEW-Mitgliedern zu 2 ½ Jahre schwarz-gelber Landesregierung“

Die folgenden O-Töne wurden im Rahmen einer Sitzung des Erweiterten Vorstands der Kölner GEW gesammelt // **Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Die Grenzen der Belastbarkeit sind in jeder Hinsicht seit Langem überschritten!

Der Beweis ist erbracht, dass die Abwahl von Rot-Grün zu keinen Verbesserungen für Schulen und andere Bildungseinrichtungen geführt hat. Egal wer regiert – wir Beschäftigten müssen für Verbesserungen kämpfen, ganz unabhängig von Wahlen und Parteien.

Warum dürfen die Gymnasien per Schulkonferenzbeschluss entscheiden, ob sie inklusiv zieldifferent unterrichten oder nicht?

In der Lehrer*innenausbildung an den Hochschulen gibt es Einsparungen; das ist nicht unbedingt Landesentscheidung, die Frage ist nur, warum die Landesregierung nichts dafür tut, die Lehrer*innenausbildung angemessen auszustatten

A13/EG14 - Wann kommt die gerechte Bezahlung für alle? Hinhaltetaktik!

Bei der Ankündigung der Umstellung von G8 auf G9 kam die Hoffnung auf, dass es für alle im Umfeld Schule Beteiligten zu einer Verbesserung der Belastungssituation komme – bei Durchsicht der den Schulen vorgeschlagenen Stundentafeln ist festzustellen, dass sich die Langtage anscheinend nicht verkürzen werden, Fächer wie Biologie in der Sek. I von der Stundenzahl beschnitten werden und durch verlängerte Klausurzeiten in der Sek. II sich die Belastung von Korrekturfachlehrern noch weiter verschlechtern werden.





Gesellschaftskritische Studiengänge wie die Gender Studies werden nicht genug unterstützt.

Die Unterfinanzierung der Bildung durch die schwarz/gelbe Landesregierung führt hier in Köln zur Privatisierung der neuen Schulgebäude. In Zukunft wird die Stadt wohl die Schulen mieten müssen, in die unsere Kinder gehen, wenn wir nichts dagegen tun.

Die von Rot-Grün SchRÄG eingeführte Inklusion wird von Schwarz-Gelb ähnlich dilettantisch weitergeführt – und von Schulformgerechtigkeit ist in diesem Feld ohnehin nicht mehr die Rede...

Tarifpolitik: Gleiche Arbeit für gleiches Geld bei absolut identischer Ausbildung – wann endlich wird sich die Landespolitik (z. B. mittelfristig mit Zulagen) auf uns zubewegen und unsere Arbeit wertschätzen?

Im Fach Politik- und Sozialwissenschaften wird „Wirtschaft“ zu einem neuen Schwerpunkt, bislang gab es ohnehin schon „ökonomische Bildung“

Die bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen muss wieder hergestellt werden. Sonst wird die Lehrer*Innenbildung in Köln weiter abgebaut! Denn die Hochschulen haben nicht die nötigen Mittel und setzen lieber auf Bereiche mit denen sie verdienen können. Bildung und Forschung darf nicht so gemanaged werden wie jedes x-beliebige Unternehmen!

Der Druck auf die Schulen wird durch die penetrante Erfassung des Unterrichtsausfalls verschärft. Wir brauchen mehr Kolleg*innen, die den Personal-mangel ausgleichen.

„Weltbeste Bildung“ – hoher Anspruch, aber Lichtjahre davon entfernt....die halbe Stelle pro Inklusionsklasse, die Frau Gebauer im Eckpunktepapier zur Inklusion versprochen hat, ist nur hohle Luft in Anbetracht der Tatsache, dass keine ausgebildeten Sonderpädagog*Innen zur Verfügung stehen, also zieht weiterhin jede/r an der zu kurzen Decke und die Unzufriedenheit wird zu Beginn des neuen Schuljahres noch sehr viel größer werden!!

Die halbierte Inklusion

Die Bereitschaft der Gymnasien, sich an der Inklusion an Regelschulen zu beteiligen, war seit deren Einführung 2014 nie überbordend. Jetzt hat mit der Ehrenfelder Albertus-Magnus-Schule ein bislang in der Inklusion engagiertes Gymnasium beschlossen, mit seinen Reformbemühungen wieder Schluss zu machen. // **Heiner Kockerbeck, Mitglied der GEW Leverkusen und des Rates der Stadt Köln**

Damit gibt es kein Gymnasium in Köln mehr, das inklusiv arbeiten möchte. In der Schulkonferenz setzten sich mit zehn gegen acht Stimmen knapp die Inklusionsgegner*innen durch. Was bleibt der Schule, abgesehen von Erinnerungen an diese Zeit? Ein 17 Millionen Euro teurer Erweiterungsbau, den die Stadt der Schule dafür gebaut hatte.

Das humanistische Bildungsideal, das die Gymnasien als Schulform mit den wirtschaftlich stärksten Elternhäusern gerne für sich in Anspruch nehmen, weicht also doch robustem bürgerlichem Egoismus. Knappes Personal, miserable Raumsituation, fehlende Lehrmittel und IT-Ausstattung - die Bedingungen jahrzehntelanger öffentlicher Haushaltseinsparungen fördern an allen Schulen nicht unbedingt die Reformfreudigkeit.

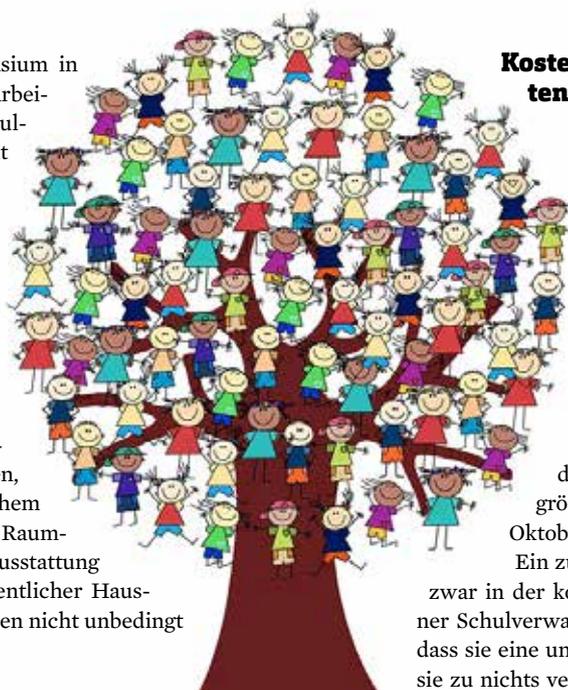
Konkurrenz zwischen Schulen wird befördert

Und viele Gymnasien nutzen in der Konkurrenz der Schulen um die „richtigen“ Kinder - denjenigen aus den besser situierten, nicht-migranten Schichten - bewusst ihre Möglichkeiten, andere Schulen aus dem Weg zu drängen. Diese Entwicklung ist ganz im Sinne der CDU-FDP-Landesregierung, die zwar mit Engelszungen behauptet, die Qualität der Inklusion verbessern zu wollen, in Wahrheit aber den „Wettbewerb der Schulen“ gezielt anheizt.

Der Runderlass der „Eckpunkte zur Neuausrichtung der Inklusion“ vom Herbst 2018 spricht in seinen praktischen Wirkungen diese Sprache. So ist der Ausstieg der Gymnasien aus der Inklusion dort explizit angelegt. In den großen Städten gehen 50 Prozent der Kinder eines Jahrgangs auf ein Gymnasium, landesweit 43 Prozent. Inklusion soll in Zukunft eine Veranstaltung der anderen Hälfte des weiterführenden Schulwesens sein, vor allem der Gesamtschulen und Hauptschulen, aber auch vieler Realschulen. Auch für Grundschulen wird es übrigens keine großen Verbesserungen geben.

Die CDU-FDP-Landesregierung behauptet zwar, sie würde erstmals Maßstäbe für inklusiven Unterricht hinsichtlich Personal, Räumen, Konzepten und Fortbildung aufstellen.

Damit stände sie im Gegensatz zur alten rot-grünen Landesregierung, die bei den Landtagswahlen 2017 nicht zuletzt wegen ihres harten Sparkurses an Schulen scheiterte. Die jetzt von der Regierung aufgestellten „Qualitätskriterien“, die gar nicht erst Standards heißen, sind aber allesamt allgemein und unverbindlich. Teils fußen sie auf Leistungen, welche die Kommunen oder sogar die Schulen selbst auf ihre Kosten erbringen sollen. Sie werden die Bedingungen für Inklusion an den bisherigen Schulen des Gemeinsamen Lernens sogar verschlechtern, kritisiert die GEW.



Kosten vermeiden – auf wessen Kosten?

Im ersten Entwurf des Erlasses vom Juli 2018 war beispielsweise noch die Rede von einer Senkung der Klassengrößen auf 25 Schüler*innen im „Gemeinsamen Lernen“. Dies wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Doch vermutlich kam es deshalb 2018 hinter den Kulissen zu einem zähen Ringen zwischen Landesregierung und Kommunen, wer denn die vielen neuen Schulen bezahlen muss, die dann gebaut werden müssten. Die Zahl „25“ als Klassengröße für inklusive Lerngruppen tauchte im Oktober im Runderlass dann nicht mehr auf.

Ein zusätzlicher Erlass zur Klassengröße wird zwar in der kommenden Zeit noch erwartet. Die Kölner Schulverwaltung macht jedoch keinen Hehl daraus, dass sie eine unverbindliche Soll-Regelung erwartet, die sie zu nichts verpflichtet, was Geld kostet. Denn bei der Umsetzung der „25“ in inklusiven Gruppen würden nach ihrer Berechnung in Köln 156 neue Gesamtschulplätze nötig, also anderthalb neue Gesamtschulen.

70 neue Gesamtschulen wären landesweit nötig

Ein großes Schulgebäude kostet die Stadt mehr als 60 Millionen Euro. Es ist bereits absehbar, dass die Städte in NRW, in denen es meist zu wenige Gesamtschulplätze gibt, die Klassengröße nur absenken würden, wenn die Landesregierung sie dazu zwänge. Doch dies wird die Landesregierung nicht tun, wäre sie doch dann selbst wegen des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, muss zahlen“) in der Pflicht, die nötigen neuen Schulplätze zu finanzieren. Landesweit wären dies 60-70 weitere Gesamtschulen.

Vorrang haben aber beim Schulbau erst einmal wiederum die Gymnasien, deren Zahl sich durch die Umstellung von G8 auf G9 erhöhen muss, da ja Räume und Gebäude für ein zusätzliches Schuljahr benötigt werden. Für diesen Zweck wurde übrigens vom Land selbstverständlich bereits Geld zur Verfügung gestellt.

Die stark wachsende Nachfrage bei Eltern und Kindern nach Gesamtschulen (in ländlichen Kommunen öfters: Sekundarschulen) führt also dazu, dass die konservativen Gegner sozial inklusiver Schulen eher verdeckt operieren: Bei äußerem Bekenntnis zum Schulkonsens suchen sie nach Wegen, die Gesamtschulen durch schlechtere Bedingungen in eine dienende Funktion gegenüber dem Gymnasium zu zwingen. Zu attraktiv sollen Gesamtschulen für Eltern und Kinder nicht werden.

Schon die alte, rot-grüne Landesregierung hatte es den Kommunen ermöglicht, anstatt teure neue Gebäude für Gesamtschulen zu bauen, neu gegründete Gesamtschulen auf zwei Gebäude, sog. „Teils-

tandorte“ aufzuteilen, die kilometerweit auseinander liegen können. Für Haupt-, Realschulen und Gymnasien gibt es diese Teilstandorte-Möglichkeit nicht. Mittlerweile sind 20 Prozent der Gesamtschulen in NRW auf zwei, vereinzelt sogar drei Standorte verteilt. Die Nachteile, die dies für eine Schulorganisation und für zentrale Angebote zugunsten von Schüler*innen mit sich bringt, sind beträchtlich. Gleichzeitig erhalten die betroffenen Schulen keinen besseren Schlüssel für Personal und Räume, um die Nachteile ausgleichen zu können. Diese bereits bekannte Politik, im Schulsystem zwischen Gymnasium und Gesamtschule Mauern zu errichten, wird durch die aktuelle Landesregierung bewusst noch gesteigert.

Eine halbierte Inklusion widerspricht natürlich dem Gedanken der Inklusion, wie ihn die UN-Behindertenrechtskonvention formuliert. So ist es kein Wunder, dass die konservativ-liberale Landesregierung in ihrem Erlass zur „Neuausrichtung der Inklusion“ auch von dem Gedanken Abstand nimmt, Bedingungen dafür zu schaffen, die Förderschulen in absehbarer Zeit ganz zu schließen. Sie werden im Gegenteil wieder gestärkt.

(Dieser Artikel erschien zuerst in „Platzjabbeck“ 3/2019.)

ARBEITSKREIS SCHULENTWICKLUNG
(AK SE) DER GEW KÖLN

Einladung zur ersten Sitzung im neuen Schuljahr 2019/20

**Am Dienstag, den 17. September 2019
laden wir ein zur ersten Sitzung des AK SE um 19 Uhr**
ins DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, kleines Sitzungszimmer
(1. OG).

Unser Thema: Aktuelle Kölner Schulentwicklung
Bilanz der Anmelde- und Aufnahmeverfahren zum Schuljahr
19/20

Aktuelle Entwicklungen bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplans (G9/Schulbauten/Schulformentwicklung/...)
Personalwechsel im Schuldezernat
Erster Überblick über die Neustrukturierung der Inklusion
und die Folgen

Kontakt:

Klaus Minartz, E-Mail: klaus.minartz@netcologne.de
Stefan Schüller, E-Mail: stefan.schueller@gmx.net

LESERBRIEF

„Das schulscharfe Einstellungsverfahren als Baustein der Ökonomisierung der Bildung“

Anmerkungen zum Beitrag von
Norbert Arnold im forum, Ausgabe
2/2019

// Heiner Brokhausen

Als ich diesen Artikel gelesen habe, fragte ich mich unmittelbar: Was hat das schulscharfe Einstellungsverfahren mit Ökonomisierung zu tun?

Norbert Arnold hat eine Tabelle mit dem diesbezüglichen, umfänglichen Stundenbedarf an den Schulen erstellt. Allerdings fehlen bei der Übersicht noch der erhebliche Zeitaufwand für die Personalräte und die Mitarbeiter in der Bezirksregierung. Es kann daher auch nicht von einer Verlagerung der Arbeit an die Schulen gesprochen werden. Vielmehr führt das schulscharfe Einstellungsverfahren im Vergleich zum Listenverfahren zu zusätzlicher Arbeit bei allen Beteiligten. Wo ist da die Ökonomisierung?

Vor der Einführung des schulscharfen Einstellungsverfahrens gab es vorwiegend intransparente Einstellungs- oder besser Zuweisungsverfahren mit wenig Kontrollmöglichkeiten. Dies ist nun anders; die Personalräte werden sowohl bei der Ausschreibung, als auch bei der Vorauswahl und den Auswahlgesprächen mit einbezogen. Die Schulen haben die Möglichkeit, entsprechend ihrer Bedarfe und des Schulprofils Lehrkräfte einzustellen, die Lehrkräfte können sich auf ihre „Wunschschule“ bewerben.

Auch wenn Schulleitungen manchmal versuchen, dieses Verfahren zu missbrauchen und nicht fair, sondern personenbezogen auszuwählen, ist es meiner Ansicht nach ein gutes Instrument der Stellenbesetzung. Bei unfairen Verfahren haben die Personalräte die Möglichkeit zu intervenieren und dies gegebenenfalls mit den zuständigen Dezernenten der Bezirksregierung zu erörtern. Natürlich sind neben den schulscharfen Einstellungsverfahren auch weiterhin die Listenverfahren notwendig, um weniger nachgefragte Schulen ausreichend besetzen zu können.

Polnische Lehrer*innen streiken drei Wochen lang

Im April dieses Jahres haben die Lehrer*innen im Nachbarland Polen drei Wochen lang gestreikt. Es ging dabei um mehr Gehalt, aber auch gegen die Schulreform von 2017. //

Ines Bartenstein, Mitglied des GfV und Lehrerin an einer Kölner Gesamtschule, die eine Schul-Partnerschaft nach Polen unterhält

Polnische Lehrkräfte gehören zu den am schlechtest bezahlten Lehrer*innen in Europa. Aber auch in Polen selbst liegt ihr Gehalt unter dem Durchschnittseinkommen. Ihr Einkommen beträgt zwischen 595 Euro bis 816 Euro (jeweils brutto). Das Durchschnittseinkommen in der Industrie liegt dagegen bei 1.160 Euro brutto.

Was die bildungspolitische Ebene angeht, so setzte die nationalkonservative PiS-Regierung 2017 eine heftig umstrittene Schulreform um. Die bisherige Mittelstufe wurde abgeschafft, stattdessen kehrte man zur achtjährigen Grundschule aus „sozialistischen“ Zeiten zurück. Die Mittelstufe, die bislang in Polen unter der Bezeichnung „Gymnasium“ bekannt war (sie führte noch nicht zum Abitur und umfasste nur die Klassenstufen sieben bis neun), wurde abgeschafft. Landesweit wurden rund 7.500 solcher Gymnasien aufgelöst bzw. in Grundschulen des neuen Typs umgewandelt (Klasse 1-8). Dadurch verloren rund 9.000 Lehrer*innen ihre Arbeit. Die Situation der Lehrkräfte, die noch Arbeit haben, ist schlecht. Wir haben zwei Kolleginnen unserer Austauschschule in Breslau/Wrocław interviewt. Bis 2017 war diese Schule ein Gymnasium, bevor sie zur Grundschule gemacht worden ist. Mit dieser Schule führen wir seit vielen Jahren ein sehr erfolgreiches Austauschprogramm durch.

Ines Bartenstein (IB): Bitte erzählt uns doch etwas über die Situation der Lehrkräfte, vor allem der Kolleg*innen, die bis zur Schulreform an den Gymnasien arbeiteten.

Viele Lehrer*innen arbeiten an zwei Schulen, das heißt nicht nur, dass sie dort bloß unterrichten, sondern dass sie doppelt Elternabende und Lehrerkonferenzen haben.



Demo in Wrocław: „Bildung ist meine Leidenschaft!“

Manchmal kommt es vor, dass sie die ganze Woche jeden Nachmittag bis spät in der Schule sind. Wenn in einer der Schulen die Lehrkraft auf einer Klassenfahrt ist, muss sie unbezahlten Urlaub in der zweiten nehmen. Oft sind die Schulen weit voneinander entfernt und die Lehrer*innen sind den ganzen Tag unterwegs, und ihre eigenen Kinder sehen sie nur am Abend. Das ist oft der Fall bei den Lehrkräften, die naturwissenschaftliche Fächer unterrichten. Z.B. gibt es zwei Stunden Biologie pro Woche in den Klassen 7 und eine Stunde pro Woche in der 8. Klasse der (neuen) Grundschule. In meiner Schule gibt es vier Klassen im 8. Jahrgang und drei Klassen im 7. Jahrgang. Also um eine volle Stelle zu haben, braucht die Lehrkraft noch acht Stunden in einer anderen Schule. (Anmerkung der Redaktion: Polnische Lehrkräfte haben mit einer vollen Stelle ein Wochendeputat von 18 Stunden.) Im nächsten Schuljahr wird es noch schlimmer werden, denn dann gibt es bei uns nur eine 6. Klasse. Also wird der Biolehrer im Schuljahr 2019/2020 nur fünf Stunden bei uns haben.

Nicht alle haben das „Glück“ in einer zweiten Schule Arbeit zu finden. Am Schlimmsten ist die Situation bei den Familien, wo zwei Elternteile als Lehrer*in ar-

beiten. Das ist der Fall in meiner Familie. Im letzten Jahr musste mein Mann Nachtschichten als Betonmischer fahren.

In den Schulen arbeiten oft pensionierte Lehrer*innen, denn es gibt keine jungen Lehrer*innen bzw. Menschen, die als Lehrkräfte arbeiten wollen. Junge Lehrer*innen bekommen einen Nettolohn in Höhe von 1.835 Zloty (430,55 Euro).

Die Einrichtungen, die schon vor der Schulreform Grundschulen waren, haben zurzeit keinen Platz für die Schüler*innen. Früher hatten sie nur die Jahrgänge von 1 bis 6, jetzt unterrichten sie Schüler*innen bis Jahrgang 8. Oft gibt es Unterricht im Korridor oder im Keller. Früher wurden alle Fachräume wie das Chemielabor oder der Physikraum an den alten Grundschulen abgebaut, zurzeit werden sie neu gebaut. Das kostet sehr viel Geld. In den alten Gymnasien, die jetzt zur Grundschule umgewandelt wurden, bekamen wir die Schüler*innen ab dem 7. Schuljahr. Jetzt müssen wir viel jüngere Kinder aufnehmen. Hier mussten die Räume für die kleinen Schüler*innen vorbereitet werden. Zum Beispiel die Toiletten, Spielplätze usw. In diesen Schulen haben viele Lehrer*innen ihre Arbeit verloren. Denn z.B. das Fach Chemie haben die Schüler*innen erst ab der 7. Klasse. Dazwischen ist also ein Loch!

Nach der Schulreform haben wir neue Lehrbücher bekommen, aber das waren einfach alte Bücher aus dem Gymnasium nur mit einem neuen Umschlag. Keiner hat sich überlegt, wie man den Stoff von drei Schuljahren in zwei Schuljahren unterrichten soll. Das Lehrprogramm für die neuen Schulen wurde in fünf Tagen von irgendeinem „Experten“ geschrieben. So ist es jetzt so, dass die Kinder in Geschichte oft zweimal das

„Wir bleiben im Protestzustand, übernehmen keine zusätzlichen Aufgaben und wir sind bereit, im September wieder zu streiken. Für die Schüler*innen und für uns.“



Kollegium der Partnerschule in Wrocław

Das Kollegium unserer Kölner Schule war sehr betroffen, vom Streik unserer Austauschschule in Wrocław und den Hintergründen zu hören. Wir haben deshalb für die Streikkasse unserer Austauschschule gesammelt. Wenn unsere polnischen Kolleg*innen im September den Streik wieder aufnehmen, rufen wir die Kölner Schulen und die GEW auf, diesen Streik – auch finanziell – zu unterstützen.

„Sie haben Priester, Nonnen, Feuerwehrleute von der Straße geholt, um die Prüfungen zu beaufsichtigen, denen sie dafür mehr gezahlt haben als ein*e Lehrer*in im Monat verdient.“



Zentrale Demo in Warschau

Gleiche lernen, z.B. in der 6. und in der 8. Klasse. Das Curriculum wurde geschrieben, aber nicht nochmal gelesen!

Die Lehrer*innen, die im Gymnasium unterrichtet hatten, mussten neu lernen, wie man mit den kleinen Schüler*innen arbeiten soll.

IB: Ihr habt im April drei Wochen für mehr Gehalt, aber auch gegen die Schulreform gestreikt. Und ihr habt auch Prüfungen bestreikt. Wie hat die Regierung darauf reagiert?

Der Streik war für uns die letzte Chance, irgendetwas zu ändern, den anderen Menschen zu zeigen, dass alles den falschen Weg nimmt. Der Streik begann vor den wichtigen Abschlussprüfungen für unsere Schüler*innen an den auslaufenden Gymnasien (Mittelschulen), für Achtklässler*innen der (neuen) Grundschule und für die Abiturient*innen. Wir haben geglaubt, dass die Regierung so kurz vor den Prüfungen mit uns sprechen würde. Leider hat sie das nicht getan. Sie haben sich in der Nacht getroffen und ein neues Schulgesetz erlassen. Dieses Gesetz besagt, dass bei einer Prüfung nicht unbedingt eine Lehrkraft gebraucht würde, eigentlich kann jede*r prüfen: Es passierte, dass in ganz Polen verschiedene Leute einfach von der Straße geholt wurden, um zu prüfen, z.B. Soldat*innen, Priester, Nonnen, Feuerwehrleute! Oder „Freiwillige“, denen die Kaczynski-Regierung pro Tag der Prüfung 450 Zloty (105 €) bezahlt hat, also an den sechs Tagen der Prüfungen verdienten sie mehr als ein*e normale*r Lehrer*in im Monat.

Wir haben trotzdem die Hoffnung nicht aufgegeben, denn die Abiturprüfung stand noch vor uns, und die Lehrer*innen aus der Oberstufe haben sich in ganz Polen entschlossen, dass sie keine Zeugnisse schreiben, also den Schüler*innen keine Abschlussnoten geben würden. Aber dann fand nachts die nächste Regierungsversammlung statt. Die hat entschieden, dass entweder Schuldirektor*innen selbst oder jede*r Bürgermeister*in die Noten geben und die Zeugnisse für die Schüler*innen ausstellen könnten. Man braucht die/den Lehrer*in überhaupt nicht! Dann haben sie veröffentlicht, dass sie jeder/m Landwirt*in für jede Kuh, jedes Schwein 500 Zloty (117 €) zahlen! Das war für uns zu viel. Die Stimmung war schlecht. Alle stellten sich die Frage: Wer bin ich? Wozu bin ich Lehrer*in geworden? Kurz vor dem Abitur haben wir statt Streik einen Protest organisiert. Wir sind zur Arbeit gegangen, damit unsere Schüler*innen die wichtigsten Prüfungen ihres Lebens richtig schreiben konnten. Wir haben das für die Schüler*innen gemacht. Wir bleiben im Protestzustand, übernehmen keine zusätzlichen Aufgaben und wir sind bereit,

im September wieder zu streiken. Für die Schüler*innen und für uns.

IB: Wie war die Reaktion der Eltern und der Schüler*innen?

Das Schönste war, dass wir sehr große Unterstützung von den Eltern und Schüler*innen bekommen haben. Jeden Tag brachten sie süße Geschenke zur Schule oder schrieben nette Briefe, machten Plakate.

IB: Ich habe gelesen, dass es einige Bürgermeister*innen gab, die euch das Gehalt auch während des Streiks auszahlen wollten. Hat das geklappt?

Der Stadtpräsident in Wrocław und der in Danzig haben uns Lehrer*innen stark unterstützt. Sie wollten uns das Geld auch für die Streiktage bezahlen. Aber die Regierung hat das verboten und jetzt können die Direktor*innen, die das Geld auszahlen, gefeuert werden. Der Präsident in Wrocław will uns so was wie Motivationsgeld auszahlen. Mal sehen.

Streik war und ist für uns die letzte, aber auch die grausamste Lösung. Die Regierung will abwarten, denn sie weiß, dass wir uns einen neuen Streik nicht leisten können. Wenn nichts passiert, sind wir trotz allem bereit, ab September weiter zu streiken. Obwohl es der finanzielle Ruin ist, wir haben in unserer Schule viele alleinerziehende Elternteile oder auch Ehen, in denen beide Lehrkräfte sind. Aber wir wissen, dass die Regierung zu weit gegangen ist. Jetzt bilden wir in den Schulen zwischenschulische Lehrergruppen, die sich überlegen, wie es weiter gehen kann. Sie bereiten Motivationsbriefe vor, die dann an alle Schulen geschickt werden. Viele Lehrer*innen waren auch in Warschau zur Demonstration – aber sie waren zu leise, keine*r von der Regierung hat mit denen gesprochen. Die kleineren Demonstrationen finden auch in fast jeder Stadt in Polen statt. Hier nehmen oft Eltern und ältere Schüler*innen teil.

IB: Habt ihr durch den Streik etwas erreichen können?

Ja, wir haben vielen Leuten die Augen geöffnet. Viele kennen jetzt unsere Situation, kennen die Schulreform von der anderen Seite. Es hat sich gelohnt, obwohl die ganze Situation einfach peinlich war. Alle haben in der Öffentlichkeit von unserem Einkommen gesprochen, von unserer Arbeitszeit (18 Stunden und nicht mehr, nur Ferien und Ferien). Wir werden streiken. Wir suchen jetzt eine Lösung, wie man die Schulen und Lehrprogramme retten könnte. Wir brauchen Ratschläge und versuchen, uns von guten Lösungen in manchen Schulen etwas abgucken zu können.



Sightseeing ohne sights

// Helga Löbbert, Aktive Ruheständlerin

Es gibt Denkmäler, die überflüssig sind, und davon gibt es ausgesprochen viele. Und es gibt geschichtliche Prozesse, die man lieber im Geheimen abwickelt, die Akteur+innen legen keinen Wert auf die Manifestation ihrer Taten, auch wenn sie diese im festen Glauben begangen haben. Um diese Taten aufzuspüren, waren wir angetreten mit dem Frauengeschichtsverein auf den Spuren der Hexen bis zu ihrem Tod. Und da hätten wir auch schon wieder nach Hause gehen können, denn es gibt keine Spuren. Wir trafen uns vor St. Andreas, der Kirche der Dominikaner*innen, den Spurhunden des Herrn. Jedenfalls zu Beginn der Neuzeit fiel die Aufgabe der Verfolgung von Frauen, Männern und auch Kindern, denen man quasi ansah, dass sie mit dem Teufel im Bunde waren, ihnen zu. Was auch immer an Spuren ihrer Tätigkeit in dieser Kirche zu sehen gewesen wäre, konnten wir leider nicht besichtigen, da die Kirche für Gruppen nicht zugänglich war. Wir zogen weiter zur Marcellenstraße, dorthin, wo einmal das Jesuitenkolleg war. Auf diesen Ort komme ich noch einmal zurück.

1487 veröffentlichte Heinrich Kramer unter dem Namen Henricus Institoris den ‚Hexenhammer - Malleus Maleficarum‘, einen Leitfaden für die negative Beurteilung von Personen, ein Wegbereiter des Übels und der Hexenverfolgung. Offensichtlich heute noch aktuell, denn bei Amazon kann man nicht nur eine sondern verschiedene Versionen des Hexenhammers erwerben, was mich ziemlich nachdenklich stimmt. Die Denunzierung ist heute vielleicht nicht mehr so einfach. Wurde jemand dreimal besagt, was hieß: „ich habe gesehen, dass ...“, wurde diese Person sofort verhaftet und verhört. Die peinliche Befragung (selbstverständlich korrekt nach strengen Regeln) und Folter wurde so lange angewandt, bis die beschuldigte Person einknickte und somit den Flammen übergeben werden konnte.

Gegen das bei Hexenprozessen angewandte Gerichtsverfahren schrieb der Jesuit Friedrich von Spee anonym die ‚Cautio Criminalis‘, den ersten wirkungsvollen Protest. Als Pfarrer betreute er auch die Ursula-Gemeinschaft, die sich Glaube, Liebe, Hoffnung auf die Fahne geschrieben hatte. Ziele, die nicht unbedingt mit Feuer- und Wasserproben erreicht werden konnten. Eine Plakette in der Marcellenstraße am ehemaligen Jesuitenkolleg erinnert an ihn. Eine zweite Erinnerung an diese Zeit ist eine der 125 Figuren am Rathausturm: Katharina Henot. Sie war Kölner Patrizierin und Postmeisterin, das bekannteste Opfer der Kölner Hexenverfolgung. Die Familie kam aus Holland und eröffnete eine Wirtschaft samt Poststation. Mit 94 Jahren stirbt ihr Vater. Die Familie vertuscht den Tod, um die Postmeisterei nicht zu verlieren. Thurn und Taxis saßen schon in der Startposition, um ihr Postimperium zu erweitern. Katharina war „besagt“ worden und wurde mehrfach peinlich befragt. Bei allen Verhören schwieg sie offensichtlich im Glauben, ihr als Patrizierin könnte nichts passieren. Und das war falsch! Am 19. Mai 1629 auf dem Folterwagen zur Hinrichtungsstätte ‚Melaten‘ unterschreibt sie ein Geständnis mit der linken Hand. Das war nicht des Teufels, wie man sagte, die rechte Hand war kaputt gefoltert worden. Als angebliche Hexe wurde sie erst erdrosselt und dann verbrannt. Da Jahrhunderte lang der Schleier des Vergessens über dieses unrühmliche Kapitel Kölner Geschichte gebreitet war, wurde sie erst 2012 rehabilitiert.

Bleibt für mich die Frage: Was wollen die heutigen Käufer des Hexenhammers mit diesem unangenehmen Werk?



Einladung zur Besichtigung der Grafschafter Krautfabrik in Meckenheim

(Zuckerrübensirup, Marmeladen und Co.)

**Wir treffen uns am Montag, den 07.10.2019
um 13.15 Uhr in 53340 Meckenheim,
Wormersdorfer Str. 22-26.
Kosten: 3,- Euro/pro Person**

Die Fabrik ist mit dem ÖPNV schlecht zu erreichen. Wir wollen deshalb Fahrgemeinschaften bilden. Bitte angeben, ob man eine Mitfahrgelegenheit braucht oder evtl. anbieten kann. Die Führung findet auf dem Außengelände statt und ist für Gehbehinderte nicht geeignet. Man benötigt festes Schuhwerk.

Bitte in der Geschäftsstelle verbindlich an- und bei Verhinderung auch wieder abmelden, da die Teilnehmeranzahl beschränkt ist (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267).

Einladung zur Führung durch das Willy-Brandt- Forum in Unkel

**am Dienstag, 24. September 2019
Wir treffen uns um 14.45 Uhr im Vorraum;
Kostenanteil: 4 Euro.**

Die Führung beginnt um 15 Uhr und dauert ca. eine Stunde.
Anschließend Besuch eines Cafés oder Gang durch die Altstadt.

Anreise Bahn: RE8/RB27 Richtung Koblenz; Empfehlung Köln Hbf. ab 13.38 Uhr, Unkel an 14.30 Uhr; Fußweg zum Willy-Brandt-Platz max. 10 Minuten.

Wer sich an einer 5er-Tageskarte beteiligen will, teilt dies bei der Anmeldung mit und findet sich um 13.20 Uhr vor dem Leonidas-Kiosk im Kölner Hauptbahnhof ein; eine 5er-Gruppe fährt gemeinsam zurück (mögliche Rückfahrt: Unkel ab 17.29 Uhr, Köln Hbf. an 18.22 Uhr).

Anreise Pkw: über B 42 (Navi: Unkel, Schulstraße), Großraum-P Schulstraße/Kamener Straße

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt; deshalb bitte bei der GEW-Geschäftsstelle verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden!

Einladung zur Sonderausstellung Stefan Wewerka „Dekonstruktion der Moderne“

**am Donnerstag, den 19. Dezember 2019 um
14 Uhr in der Villa Zanders,
Konrad-Adenauer-Platz in Bergisch Gladbach.**

Stefan Wewerka (1928–2013) war zweifelsohne eine der vielseitigsten Künstlerpersönlichkeiten der deutschen Nachkriegsmoderne. So war er nicht nur Architekt und Objektkünstler, Designer, Modemacher und Innenarchitekt, sondern auch Bildhauer, Maler, Grafiker, Filmemacher und Aktionskünstler.

Nach einer einstündigen Führung werden wir in einem historischen Saal der Villa mit Kaffee und Kuchen verwöhnt.
Kostenbeitrag 5 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle verbindlich anmelden (Telefon: 0221-516267 oder E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Einladung zu einer Führung durch die Kölner Synagoge

**Montag, 4. November 2019 um 10.45 Uhr
Treffpunkt: vor dem Haupteingang in der
Roonstraße**

Beitrag: 10 Euro
Anmeldeschluss: bis 20.10.2019
Bei der Anmeldung müssen Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort und Telefonnummer angegeben werden!

Zur Besichtigung muss der Personalausweis und bei männlichen Teilnehmern eine Kopfbedeckung mitgebracht werden.

Es besteht die Möglichkeit dort anschließend eine koschere Mahlzeit im Restaurant einzunehmen.

Bitte bei der Anmeldung angeben, ob man daran teilnehmen möchte. Die vier unterschiedlichen Menüs kosten zwischen 25 Euro und 30 Euro.

Besuch im Konrad-Adenauer-Haus in Rhöndorf

// Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin



Konrad Adenauer wurde 1917 Oberbürgermeister von Köln. Er bekleidete dieses Amt bis zu den Kommunalwahlen im März 1933, die gewann die NSDAP. Er wurde in Köln und in Berlin, hier als Präsident des preußischen Staatsrates, als unerwünschte Person erklärt und musste seine Wohnungen in Köln und Berlin verlassen. Unter recht schwierigen Umständen gelang es ihm und seiner Familie in Rhöndorf ein Grundstück zu kaufen und am steilen Westhang des Siebengebirges ein Haus zu bauen. Dieses Wohnhaus war als Heim für eine große Familie geplant und gebaut worden. Kurz vor Weihnachten 1937 bezog die 8köpfige Familie das neue Heim. Wir besuchten 82 Jahre später im Rahmen einer sachkundigen Führung dieses Haus.

Der Weg hinauf zum Wohnhaus führte uns durch den am Hang eines einstigen Weinbergs angelegten Garten, der durch seine südländisch anmutende Vielfalt von Pflanzen, Plastiken und Brunnen besticht. Im Sommer werden unzählige Rosen erblühen, die Adenauer liebte, aber entgegen einer weit verbreiteten Legende nicht züchtete. Die Anlage erinnert nicht zufällig an das nördliche Italien, eine Landschaft, die Adenauer schätzen und lieben lernte. In Cadabbia am Comer See, wo er in den letzten zehn Jahren seines Lebens regelmäßig seinen Urlaub verbrachte, lernte er auch das Boccia-Spiel kennen, das ihn so sehr faszinierte, dass er sich in unmittelbarer Nähe zum Wohnhaus eine Boccia-Bahn bauen ließ.

Wir wurden in das großzügige Erdgeschoss des Wohnhauses geführt. Vom Wohnzimmer aus öffnet sich ein wunderschöner Blick über das Rheintal. Die Einrichtung des Hauses ist seit Adenauers Tod nahezu unverändert geblieben. Die Möbel stammen

größtenteils aus der Oberbürgermeisterzeit. An den Wänden befinden sich alte Gemälde aus dem Familienbesitz. Zudem zieren zahlreiche Geschenke die Räume. An das Wohnzimmer schließen sich an der Südseite des Hauses das Esszimmer und die von Adenauer so genannte „Kajüte“ an – ursprünglich eine Terrasse, die später überdacht und in das Haus einbezogen wurde. Hier, wo Adenauer zu frühstücken pflegte, entdeckten wir ein von Winston S. Churchill gemaltes Bild einer antiken Tempelruine sowie ein Landschaftsgemälde des späteren US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower, das dieser dem Bundeskanzler bei seinem Abschied als Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa im Jahre 1952 schenkte.

Im ersten Stock des Hauses – für uns Besucher nur von außen einzusehen – befinden sich das Arbeitszimmer und daneben das Schlafzimmer, in dem Adenauer am 19. April 1967 starb. Der Bundesrepublik Deutschland vermachte die Familie Adenauer das gesamte Anwesen. Die Familie nutzt das Haus einmalig im Jahr am 2. Weihnachtstag.

Im Jahr 1949 wurde das Privathaus Adenauers zum Schauplatz bedeutsamer Ereignisse. Eine Woche nach der ersten Bundestagswahl lud Adenauer eine Reihe maßgebender Politiker von CDU und CSU zu sich nach Hause ein. Diese Zusammenkunft des 21. August 1949 ist als „Rhöndorfer Konferenz“ in die Geschichte eingegangen. Dort wurden unter der geschickten Regie des

Hausherrn nicht nur die Entscheidung gegen eine Große Koalition getroffen und die Weichen für das von Adenauer favorisierte bürgerliche Regierungsbündnis aus CDU, CSU, FDP und Deutscher Partei gestellt. Auch sorgte die Runde für die Besetzung der künftigen politischen Schlüsselfunktionen: Der Name Adenauer wurde für das Amt des Bundeskanzlers lanciert, Theodor Heuss als Bundespräsident vorgesehen.

In der späten Kanzlerzeit empfing Adenauer selten Gäste in seinem Privathaus. Zwei Mal war der französische Staatspräsident Charles de Gaulles in Rhöndorf. Der private Charakter der Treffen unterstreicht die Freundschaft der beiden Männer, die die deutsch-französische Aussöhnung als eines ihrer wichtigsten politischen Ziele ansahen.

Das Museum unterhalb des Wohnhauses wurde in Andenken an den 50. Todestag Konrad Adenauers neu gestaltet und am 19. April 2017 eröffnet. Die dort präsentierte Dauerausstellung „Konrad Adenauer 1876-1967. Rheinländer, Deutscher, Europäer“ spannt den Bogen über fünf Epochen deutscher Geschichte vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus bis hin in die Besatzungs- und Nachkriegszeit und die Ära der jungen Bundesrepublik Deutschland. Ein Besuch von Wohnhaus, Garten und Museum ist empfehlenswert. Es kostet keinen Eintritt, öffentliche Führungen finden täglich – außer montags – statt.





„FFF-Köln beteiligt sich am Demo-Block der GEW Köln am 1. Mai 2019“

Zum Appell von Fridays for Future: „Streikt mit uns am 20. September 2019!“

Aufruf an Kolleginnen und Kollegen: Wir sind gefordert - Seid auch dabei!

Greta Thunberg, Luisa Neubauer und viele andere junge Menschen von „Fridays for Future“ rufen für den 20. September '19 zu einem weltweiten Klimastreiktag auf.

In ihrem Aufruf heißt es:

„Jahre sind mit Gerede vergangen, mit unzähligen Verhandlungen, mit nutzlosen Vereinbarungen zum Klimawandel. Firmen, die fossile Brennstoffe fördern, durften jahrzehntelang ungehindert in unseren Böden schürfen und unsere Zukunft abfackeln. Politiker wussten seit Jahrzehnten über den Klimawandel Bescheid. Sie haben die Verantwortung für unsere Zukunft bereitwillig Profiteuren überlassen, deren Suche nach schnellem Geld unsere Existenz bedroht. ... Wir jungen Leute können unseren Beitrag für einen größeren Kampf leisten, und das kann einen großen Unterschied machen. Aber das funktioniert nur, wenn unser Aufschlag als Aufruf verstanden wird. Deswegen ist dies unsere Einladung.“

Am Freitag, 20. September, werden wir mit einem weltweiten Streik eine Aktionswoche für das Klima beginnen. Wir bitten Sie, sich uns anzuschließen. Es gibt in verschiedenen Teilen der Welt viele verschiedene Pläne für Erwachsene sich zusammenzuschließen, Farbe zu bekennen und sich für unser Klima aus der Komfortzone heraus zu wagen. Lasst uns diese Pläne zusammenbringen gehen Sie an diesem Tag mit ihren Nachbarn, Kollegen, Freunden und Familien auf die Straße, damit unsere Stimmen gehört werden und dies ein Wendepunkt wird.

...um alles zu verändern, brauchen wir alle. Es ist Zeit für uns alle, massenhaften Widerstand zu leisten - wir haben gezeigt, dass kollektive Aktionen funktionieren. Wir müssen den Druck erhöhen, um sicherzustellen, dass der Wandel passiert. Und wir müssen ihn gemeinsam beschleunigen. Dies ist also unsere Chance – schließt euch unseren Klimastreiks und -aktionen in diesem September an.“

Klimaschutz UND Arbeitsplätze

Dies verstehen wir auch als Aufruf an Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitnehmer*innen aktiv zu werden und sich für den Klimaschutz

und zukunftsweisende Arbeitsplätze einzusetzen. Auch wir wollen wie die Eltern und Wissenschaftler*innen („Parents und Scientists for Future“) unseren Beitrag dazu leisten, dass der 20. September Auftakt zu einer Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft wird.

An diesem Tag können Betriebsversammlungen stattfinden, Ausgänge gemacht und Flugblätter verteilt werden. Es können Warnstreiks für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Erneuerbaren Energien organisiert und für die Beteiligung an den Demonstrationen mobilisiert werden. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, kreativ mitzuwirken, damit die Gewerkschaften und Beschäftigte aktiver Teil der Klimabewegung werden.

Aufruf an Kolleginnen und Kollegen: Wir sind gefordert – Seid auch dabei!

- Dr. Daniel Behruzi, ver.di-Vertrauensleutesprecher TU Darmstadt
- Gabriele Pucher, FernUniversität Hagen, ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper
- Günter Wallraff, Schriftsteller und Journalist
- Wolfgang Zimmermann, ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper
- Dr. Inno Rapphel, Chemiker BYK Chemie, VAA, Halle
- Thomas Eberhardt-Köster, ver.di Düssel-Rhein-Wupper
- KollegInnen vom Jour Fixe Gewerkschaftslinken Hamburg
- Ver.di-Linke NRW
- Jürgen Senge, ver.di-Bezirk Düssel-Rhein-Wupper
- Stefan Ungeheuer, ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper
- Holger Raschke, ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper
- Kaspar Michels, GEW Düsseldorf
- Helmut Born, ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper
- Beatrix Sassermann, ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper
- Ulrich Franz, ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper

Unterschriften an H. Born, Am Stock 3, 40472 Düsseldorf oder e-mail klimagewerkschafter@bwup.de



EINLADUNG ZUR MITGLIEDER- VERSAMMLUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu unserer Mitgliederversammlung im 2. Halbjahr möchten wir euch recht herzlich einladen. Wir werden über die Arbeit der Kölner GEW und die Planungen sprechen. Anschließend besteht die Möglichkeit zu zwanglosem Austausch.

Mittwoch, 20. November 2019 um 18 Uhr

im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)

Vorläufige Tagesordnung:

1. Berichte
 - von den Aktivitäten des Stadtverbands der letzten Zeit
 - von der Landesebene (Ayla Celik, stellv. Landesvorsitzende)
2. Projekt fachgruppenübergreifende Demo gegen Bildungsnotstand im Bündnis mit Eltern und Schüler*innen
3. Änderungsanträge zur Wahlordnung
4. Nachtragshaushalt 2019
5. Verschiedenes

Die Antragsfrist für die Mitgliederversammlung endet am 13. November 2019, eingehend in der Geschäftsstelle.

Zum Ausklang: gemütliches Beisammensein mit Getränken und einem kleinen Büffet.

Mit kollegialen Grüßen
Geschäftsführender Vorstand
der GEW Stadtverband Köln